

# Metallarbeiter

Wochenschrift des Christlichen Metallarbeiterverbandes Deutschlands

Nummer 29

Duisburg, den 16. Juli 1932

33. Jahrgang

## Regierung Papen oder Freiheit der Nation



Heute geht so stark wie in den Augusttagen 1914 der Ruf durch Deutschland: Volk in Not — Land in Not. Damals waren es äußere Gegner, welche Deutschland, das sich in unaufhaltsamen Anstieg seinen Platz in der Welt erobert hatte, zurückwerfen wollten in jene traurige Zeit der Zersplitterung und der Ohnmacht, als unser Vaterland ein Spielball in der Faust westlicher Mächte war. Heute sind es reaktionäre deutsche Kräfte, welche von innen her Deutschland herunterreißen wollen, welche die deutsche Volksfreiheit antasten und der deutschen Arbeiterschaft ihr Lebensrecht beschneiden wollen. Spricht es nicht Bände, daß gleiche anti-soziale Kreise jüngst noch über den Weg der französischen Schwerindustrie eine Aufrichtung oder Stabilisierung ihrer Macht versuchten?

Wir stehen in einer Revolution größten Ausmaßes. Die Lage der Wirtschaft, die Weltpolitik, das dämonische Wollen Sowjetrußlands, das geistige Ringen um neue Wirtschafts- und Gesellschaftsformen, alles das zeigt an, daß die Menschheit sich im Zustand ungeheurer Erschütterungen befindet. Es lagert über allem Leben die bedrückende Schwüle und Rätselhaftigkeit des Künftigen.

Dazu kommt bei uns in Deutschland noch ein Kampf um den sozialen Gedanken, der furchtbare Formen anzunehmen droht.

Die christliche Gewerkschaftsbewegung beklagt einen solchen Zustand auf das schmerzlichste. Nichts ist für den Aufbau einer darniederliegenden Wirtschaft unerträglicher, nichts für den Befreiungskampf eines Landes schadenbringender, als wenn innere Kämpfe zwischen den einzelnen Schichten die Atmosphäre weiter vergiften. Im menschlichen Leben geht es nun mal ohne Gegensätze nicht ab. Aber diese Gegensätze sollen überbrückt werden durch die Idee der Gerechtigkeit.

Wir wissen, daß heute notwendiger als je der Gedanke der Volksgemeinschaft und des Zusammenstehens aller Schichten

ist. Wir bekennen uns trotz allem rückhaltlos zu dieser Idee. Dann aber haben wir auch die Verpflichtung, unsere warnende Stimme zu erheben gegenüber dem, was sich im sozialen und politischen Leben abzuspielen beginnt.

Es liegt uns fern zu drohen und in Aufreizungen zum Bürgerkrieg zu machen, wie es jene tun, welche sich vorzüglich und ungestraft der Gunst dieser Regierung erfreuen, etwa: „Gehent wird doch!“ oder „Die Straßenlaternen werden bevölkert!“ oder „Die Hansindustrie wird viel Arbeit bekommen!“ Wir sagen, eine solche Methode verabscheuen wir.

Aber wir möchten keinen Zweifel darüber lassen, daß, wenn irgendwelche Kräfte die Arbeiterrechte zerstören wollen, dann mehr fliegen dürfte als nur Späne. Die Verantwortung für eine solche Entwicklung tragen aber nicht wir, sondern diejenigen, welche das deutsche Volk in diese inneren Auseinandersetzungen hineindrängen.

Heute ringen in Deutschland drei Kräfte, welche Deutschlands Zukunft bestimmen wollen:

Ostpreussischer Geist oder Geist von Ganzdeutschland,

Sozialer Rückschritt oder sozialer Aufbau,

Klassenkampf oder Volksgemeinschaft.

Um diese Ideen geht der Kampf. Es kann für den deutschen Menschen nicht zweifelhaft sein, wo er zu stehen hat. Denn es geht um den deutschen Geist, um den Geist der Gerechtigkeit, um Volk gegen Kaste, um Freiheit gegen Diktatur.

Wenn es jemand gelüsten sollte, in Deutschland eine Diktatur aufzurichten, die Verfassung zu brechen und die Arbeitnehmerschaft in ein Hörigkeitsverhältnis herabdrücken zu wollen, dann mag man den Versuch einmal machen. Menschenfreundlichkeit zwingt aber den dringenden Rat zu geben, dann rechtzeitig einen Zeppelin oder einen Do X zu chartern, denn es könnten Ereignisse eintreten, wo ein Tragen von blauen Brillen nicht mehr als ein genügender Schutz der Persönlichkeit angesehen werden könnte.

Wir haben schon in einigen Artikeln betont, daß wir die Regierung Papen-Schleicher, trotz

### Unser Schrei: frei Volk! frei!

Der Gott, der Eisen wachsen ließ,  
Der wollte keine Knechte;  
Drum gab er Säbel, Schwert und Spieß  
Dem Mann in seine Rechte;  
Drum gab er ihm den kühnen Mut,  
Den Zorn der freien Rede,  
Daß er bestände bis aufs Blut,  
Bis in den Tod die Fehde.

So wollen wir, was Gott gewollt,  
Mit rechten Treuen halten,  
Und nimmer im Tyrannensold  
Die Menschenschädel spalten;  
Doch wer für Tand und Schande sicht,  
Den hauen wir in Scherben,  
Der soll in deutschen Landen nicht  
Mit deutschen Männern erben.

Laßt brausen, was nur brausen kann,  
In hellen lichten Flammen!  
Ihr Deutschen alle, Mann für Mann,  
Zum heil'gen Kampf zusammen!  
Und hebt die Herzen himmelan  
Und himmelan die Hände,  
Und rufet alle, Mann für Mann:  
„Die Knechtschaft hat ein Ende.“

Ernst Moritz Arndt.

dem in Deutschland kaum etwas hinter ihr steht, bei ihren Verhandlungen um Deutschlands Freiheit in Lausanne unterstützen. Jedoch forderten wir, daß die Regierung Papan-Schleicher den Weg des unbedingten „Nein“ zu den Reparationsfragen, das Brüning aufstellte, nicht verlasse.

Die Regierung Papan-Schleicher hat in Lausanne diese selbstverständliche Forderung des deutschen Volkes umgebogen in einen Vorschlag, geldlich „am Aufbau Europas“ mitzuarbeiten. Es wurde von 2 Milliarden geredet.

Wir lehnen diese Art, die Reparationsfrage zu behandeln, energisch ab. Denn diese zwei Milliarden sollen ja auch wieder aus der deutschen Arbeitskraft herausgepreßt werden.

Nicht um diese 2 Milliarden allein handelt es sich, sondern dazu kommt — darauf macht der bekannte Essener Rechtsanwalt Grimm mit Recht aufmerksam —, die Zinsenlast, welche auf Deutschland lastet.

Deutschland hat bereits 11,096 Milliarden Reichsmark mit den Young- und Daweszahlungen entrichtet. Diese ungeheure Summe konnte aber nicht aus eigenem bezahlt, sondern mußte geborgt werden. Diese Tatsache ist im Baseler Bericht vom 23. September 1931 festgestellt worden. Bei einer Verzinsung von 6 Prozent belaufen sich die von Deutschland hierfür allein zu zahlenden Zinsen auf 660 Millionen Reichsmark im Jahre, hinzu kommen 85 Millionen Reichsmark Zinsen aus der Dawes-Anleihe, weitere 65 Millionen Reichsmark aus der Younganleihe, ferner die amerikanische Schuld von 40 Millionen Reichsmark, die belgischen Markforderungen mit 25 Millionen Reichsmark. So sind wir aus den bisherigen Anleihen allein mit jährlich 875 Millionen Reichsmark Zinsen belastet, selbst, wenn die ganze Restschuld gestrichen wird.

Daher kann Deutschland unmöglich zu den bestehenden Verpflichtungen neue durch Restzahlungen hinzunehmen, sondern es muß unbedingt beim „deutschen Nein“ bleiben. Das muß der Regierung Papan-Schleicher eindeutig als Forderung des ganzen deutschen Volkes nachdrücklich vor Augen geführt werden.

Aber, so fragen wir, wo bleibt bei solchen Vorschlägen der Regierung Papan der Entrüstungsturm der sogenannten nationalen Presse? Wo bleiben die rechtsradikalen Blätter?

Werden solche Vorschläge etwa nationaler dadurch, daß sie vom Herrenklub aufgestellt werden? Ach, allmählich scheint dem deutschen Volk ein Licht darüber aufzugehen, daß die nationalen Töne der „Nationalen“ lediglich parteipolitische Schaumschlägereien gewesen sind.

Das deutsche Volk wird über die Vorgänge in Lausanne sich keinen Sand in die Augen streuen lassen. Wir lehnen es ab,

die Befreiung der Kriegsschuldlüge mit einigen Milliarden zu erkaufen. Und wenn die sogenannten Nationalen dazu auch anscheinend bereit sind, wie die „Deutsche Allgemeine Zeitung“ vom 3. Juli bestätigt, dann wird sich das arbeitende Volk dagegen erheben und wiederum einmal vor aller Welt zeigen, wo in Deutschland wahres nationales Denken herrscht.

Neben diesem merkwürdigen Lausanner Plan laufen Pläne, welche auf ein Direktorium in Deutschland hinstreben. Ist Herr von Papan vielleicht schon erledigt? War auch er nicht ostpreussisch-rassenrein genug? Spielt man etwa mit einer Art Militärkabinett? Mit dem Belagerungszustand? Daß man in manchen Schichten, die nichts dazu gelernt haben, ernsthaft diese Gedanken erwägt, ist mehr als einmal selbst in der Öffentlichkeit gesagt worden. Nun möchte man — darin folgen wir dem „Deutschen“ vom 7. Juli — folgende Pläne verwirklichen:

1. Die Regierung soll in Zukunft völlig unabhängig vom Reichstag sein. Allein der Reichspräsident soll das Recht der Berufung und Abberufung besitzen.

2. Es wird eine Art Oberhaus errichtet für sogenannte Prominente, welche allein der Reichspräsident beruft. Dadurch will man die verfassungsmäßige Stellung des Reichstages erschüttern.

3. Der Reichspräsident soll das Recht haben, eine Art geheimen Rat zu bilden. Dieser Rat soll dann auch den Nachfolger des Reichspräsidenten bestimmen.

4. Um das zu erreichen, wäre eine Zweidrittelmehrheit, also verfassungsändernde Mehrheit, im Reichstag notwendig. Da das aber nicht möglich sein dürfte, soll ein Volksbegehren so gestaltet werden, daß die Wünsche der Reaktion durchgehen.

Eine Regierung auf solcher Basis wäre eine Diktatur. Das Volk wäre ausgeschaltet und wir hätten die „seltigen Zeiten“ von 1820 wieder, wo nach den Befreiungskriegen das Volk von den Regierenden um seine Rechte betrogen wurde.

Hundert Jahre sind seitdem verflossen. Hundert Jahre haben vor allem die Arbeiterschaft geistig und politisch vorangehen lassen. Diese hundert Jahre entscheiden auch über das trübe Wollen der Stehengebliebenen. Aber was würde aus Deutschland werden? Offener Bürgerkrieg, Zerfall Deutschlands? Ehe aber dieses Furchtbare geschehen sollte, würde Rechenschaft gefordert. Die Arbeiterschaft — insgesamt — ist auf dem Posten. Wo ist heute ein stärkerer Hort der Arbeiterschaft als die Gewerkschaft? Stärkt sie, werbt, schützt die Freiheit!  
Wr.

## Herr Flick, Gelsenkirchen und die Montanindustrie

**W**enn man einmal die Vorgänge in der westdeutschen Schwerindustrie, die sich in den letzten Wochen und Monaten ereigneten, rückschauend vor seinen Augen vorüberziehen läßt, dann erhalten manche Dinge einen ganz andern Sinn, dann werden die einzelnen Zusammenhänge klar, welche die vielfachen Transaktionen Friedrich Flicks verbinden.

Der Ausgangspunkt dieses Mannes ist, wie allerorts bekannt sein dürfte, die Charlottenhütte im Siegerland. Welche Schritte er von dieser Stellung aus unternahm, mag im einzelnen hier nicht nochmals dargelegt werden. Wir wollen nur darauf hinweisen, daß Flick die Charlottenhütte mit der Maxhütte (Amberg) verband und daß er in diesen Komplex auch die Mitteldeutschen Stahlwerke eingliederte, so daß in Mitteldeutschland ein Konzerngebilde entstand, das in seinem Aufbau dem der Vereinigten Stahlwerke ähnelte und — was das Wichtigste sein dürfte — nicht so verschuldet und horizontal sowohl als auch vertikal besser durchgebildet und leichter zu überschauen war. In dem Aufbau dieses Konzerns darf man wohl die ersten Absichten Flicks suchen, sich an der westdeutschen Schwerindustrie zu desinteressieren. Persön-

liche und fachliche Differenzen und nicht zuletzt auch die finanziellen Schwierigkeiten, die ihm aus der Verbindung mit den Vereinigten Stahlwerken entstanden, ließen es Flick ratsam erscheinen, sich rückwärts zu konzentrieren, zunächst einen kleineren, aber dafür feineren Konzern in Mitteldeutschland aufzuziehen und dann die Fäden, die ihn noch mit dem Westen verbanden, zu durchschneiden. In seiner Eigenart hat er diese Trennung in einer Weise vollzogen, die selbst diejenigen überraschte, die zu den eigentlichen Verwaltungskreisen gehörten.

Bei den letzten, allenthalben lebhaft kommentierten Vorgängen um die Gelsenkirchener Bergwerks-Aktiengesellschaft hat man es mit zwei getrennten Ereignissen zu tun. Niemand hatte eine Ahnung davon, daß die Gelsenkirchener Gesellschaft ein Paket von 12 bis 15 Millionen RM. Aktien der Aktiengesellschaft für Rheinischen Braunkohlenbergbau besaß. In allen Bilanzen wurde dieser Besitz schamhaft verschwiegen. Es war lediglich bekannt, daß die Schulden, die Gelsenkirchen hatte bzw. noch hat, recht erheblich waren. In der letzten Bilanz wurden eine Anleihe von 63 Millionen RM. und sonstige Schulden von rund 100 Millionen RM. ausgewiesen.



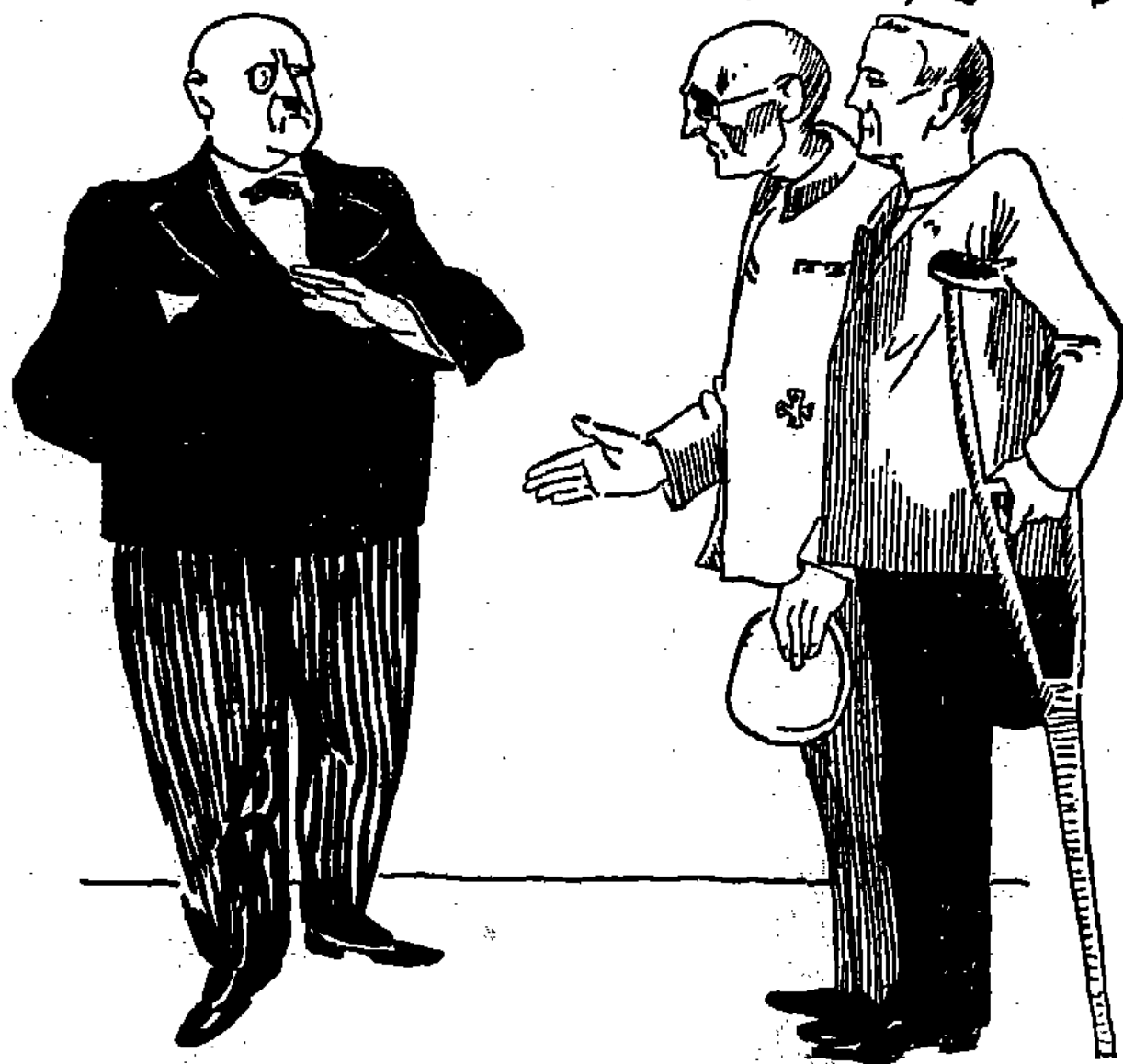
Diese Schulden begannen im Laufe der Zeit zu drücken, besonders als die Vereinigten Stahlwerke und der Phönix keine Dividende mehr verteilten und der Kohlenabsatz immer schlechter wurde. Man wollte deshalb das Rheinbraun-Paket verkaufen. Das ist in der Zwischenzeit geschehen und hat der Gelsenkirchener Bergwerks-Aktiengesellschaft etwa 30 Millionen RM. eingebracht. Diese Maßnahme läßt sich durchaus verstehen und ist auch durchaus zu rechtfertigen, da sich dadurch der finanzielle Status der Gesellschaft bessert und die Zinsverpflichtungen reduziert werden. Unverständlich bleibt lediglich, daß sich für dieses Paket kein anderer Interessent gefunden haben soll als die Charlottenhütte, also der Ausgangspunkt der Flichschen Machtposition. Damit kommen wir auf die zweite wesentlich wichtigere Transaktion.

Von dem Kapital der Gelsenkirchener Bergwerks-Aktiengesellschaft in Höhe von 250 Millionen RM. besaß die Charlottenhütte rund 90 Millionen RM. Bei der Darmstädter und Nationalbank, dessen früherer Geschäftsinhaber Jakob Goldschmidt zu den Freunden Friedrich Flichs gehörte, lagen rund 15 Millionen RM., so daß die praktische Generalversammlungsmajorität in den Händen dieser beiden Personen lag. Nun wird man sich an eine kürzlich von dem früheren Reichsfinanzminister Dr. Dietrich gemachte Äußerung zu erinnern haben, die besagte, daß die Charlottenhütte nicht in der Lage gewesen sei, eine Bilanz aufzumachen. Diese liegt auch heute noch nicht vor, obgleich der 30. Juni, also der Tag, bis zu dem die Gesellschaften, deren Geschäftsjahr am 31. Dezember abschließt, ihre Bilanzen vorzulegen genötigt sind, inzwischen bereits verstrichen ist. Die Äußerung von Dr. Dietrich wird verständlich, wenn man berücksichtigt, daß der Kurs von Gelsenkirchen auf etwa 20 bis 22% gesunken war und Gelsenkirchen auch keine Dividende verteilte. Bei der Charlottenhütte mußte der Besitz an Aktien der Gelsenkirchener Gesellschaft zunächst einmal erheblich niedriger eingeschätzt werden als noch vor ein bis zwei Jahren. Auch fehlten die Einnahmen aus der Dividende, so daß Friedrich Flich nicht mehr die Gelder verzinsen konnte, die er sich zum Erwerb der Gelsenkirchener Aktien usw. geliehen hatte. Diese Beschaffung der Gelder geschah aber seiner Zeit nicht auf direktem Wege. Auch hier verfolgte man eine Verschleierungstaktik. Die Charlottenhütte machte in Holland zwei Tochtergesellschaften auf. Diese beschafften sich im Anleihenwege große Summen, für deren Sicherheit Gelsenkirchener Aktien hinterlegt wurden. Die Anleihen wurden nun faul, als die Zinsen nicht mehr bezahlt wurden. Das ganze Gebäude, das aufgebaut war mit gepumpten Geldern, kam deshalb ins Schwanken. Was tun?

Flich zog sich jetzt von den Vereinigten Stahlwerken zurück, nachdem er den Aufbau des mitteldeutschen Konzerns vollendet hatte, und verkaufte die Aktien der Gelsenkirchener Bergwerks-Aktiengesellschaft an den Staat bzw. das Reich. 115 Millionen RM. (davon 15 Millionen RM. im Besitze der heutigen Dresdner Bank, die bekanntlich unter Reichseinfluß steht) waren vorhanden. Der Staat wollte aber 125 Millionen RM., also die Hälfte des Kapitals von Gelsenkirchen, haben. Flich kaufte deshalb etwa 10 Millionen Gelsenkirchener Aktien hinzu, was ihm nicht allzuschwer wurde, da der Kurs zwischen 25 und 40% lag, und dürfte auch einige Freunde mit ins Geschäft genommen haben. Insgesamt verkaufte er dann 110 Millionen RM. an das Reich, das ihm dafür 90% oder rund 100 Millionen RM. bezahlte. Da noch der Kurs der Gelsenkirchener Aktien vor einiger Zeit erst etwa 25% betrug und in den letzten Wochen vor Bekanntwerden der Transaktion an der Börse bis auf über 40% in die Höhe getrieben wurde, so bedeutet der vom Reich gezahlte Uebernahmekurs von 90% eine Ueberbezahlung des Paketes um etwa 56 bis 72 Millionen RM., je nachdem man den einen oder den anderen der beiden erstgenannten Kurse zugrundelegt.

Von den 100 Millionen RM. erhält Gelsenkirchen rund 30 Millionen RM. für das Rheinbraun-Paket, das in den Besitz der Charlottenhütte überging, 10% Zinsen bringt und, soweit dies notwendig war, eine wertvollere Basis für die in Holland aufgenommenen Kredite bedeutet als die Gelsenkirchener

## „Der Dank des Vaterlandes ist euch gewiß!“



„Drei Jahre haben wir draußen in Dreck und Speck gelegen und nun kürzt die Regierung uns Kriegsstrüppeln noch die mageren Renten.“

„Ja, meine Herren, — aber die Regierung ist doch nicht Schuld daran, daß Sie nicht auf dem Felde der Ehre geblieben sind.“

Aktien selbst. Weitere 30 bis 35 Millionen RM. sollen zur Rückzahlung von Schulden dienen, die seitens der Charlottenhütte und ihrer Tochtergesellschaften gemacht wurden. Den Restbetrag von rund 30 Millionen RM. erhält Friedrich Flich in bar oder zur Verwendung für oberschlesische Zwecke. Was mit den letzteren gemeint ist, läßt sich heute noch nicht übersehen.

Diese Darlegungen dürften die jüngste Transaktion klargestellt haben. Es mag ergänzend noch bemerkt werden, daß die 12 bis 15 Millionen RM. Aktien der Rheinbraun höchstwahrscheinlich auf die Dauer nicht im Besitz der Charlottenhütte bleiben werden, sondern nach und nach auf die Rheinbraun selbst übergehen. Ist dieser Uebergang vollzogen, dann hat Flich die 100 Millionen RM. restlos erhalten und so seinen mitteldeutschen Konzern entschuldet. Er wird damit wieder Herr seiner Entschlüsse. Es wird wohl von keiner Seite bestritten werden, daß Herr Flich mit dieser Transaktion das Geschäft seines Lebens gemacht hat.

Und der Staat? Mit dem Erwerb der 125 Millionen RM. Gelsenkirchener Aktien hat er den Schlüssel zu der ganzen Gruppe der Vereinigten Stahlwerke. Bei Gelsenkirchen liegen etwa 255 Millionen RM. Aktien der Vereinigten Stahlwerke und 85 bis 90 Millionen RM. des Phönix. Letzterer hat mit den in seinem Besitz befindlichen Stahlwerken von der Thyssen über 210 Millionen RM. Aktien der Vereinigten Stahlwerke. Insgesamt kontrolliert der Staat heute also 460 Millionen RM. Aktien der Vereinigten Stahlwerke, die heute bekanntlich noch ein Kapital von 775 Millionen RM. haben. Nun muß man sich einmal vor Augen halten, daß die Interessen der Vereinigten Stahlwerke äußerst weitgehend sind und nach Mitteldeutschland, nach dem Siegerland, nach Oesterreich usw. greifen. Der Staat hat durch den Erwerb der Gelsenkirchener Aktien auf wirtschaftlichem Gebiete zu dem Einfluß auf die Sibiria und auf die Bergwerks-AG. Recklinghausen noch einen großen weiteren Einfluß erhalten. Dieser Machtzuwachs wäre freilich noch bedeutender gewesen, wenn man das Rheinbraun-Paket bei Gelsenkirchen gelassen hätte. Dann hätte sich der Einfluß auch auf die Rheinbraun ausgedehnt und damit auch auf die Sarpener Bergbau-AG., von deren Kapital die

Rheinbraun etwa 35 % hat. Auf diese Weise wäre der Staat zum ausschlaggebenden Einfluß auf den Ruhrbergbau gekommen. Daß dies nicht gelang, wurde wohl durch Dr. Silberberg von Rheinbraun verhindert.

Der Staat hat nun das Gelsenkirchener Paket und er hat es mit 100 Millionen RM. bezahlt. War dieses Geschäft zu teuer? Wenn man bedenkt, welchen Machtzuwachs er dadurch im Wirtschaftsleben erhält, zweifellos nicht. (Unsere Meinung ist das nicht. D. Red.) Aber zunächst muß man sich einmal fragen, ob es in der heutigen Zeit, in der insbesondere die Arbeiterschaft unter den hohen Steuern, Abgaben, Zehlerschichten und der Arbeitslosigkeit schier zusammenbricht, verantwortet werden kann, 100 Millionen RM. für ein solches Geschäft auszugeben, zumal es bei diesem Betrage nicht bleiben wird. Das ganze Gebäude der Vereinigten Stahlwerke ist, wie wir schon so oft betont haben, sanierungsbedürftig. Um eine Kapitalzusammenlegung wird man weder bei Gelsenkirchen noch bei den Vereinigten Stahlwerken herumkommen. Soll eine Sanierung aber Sinn haben, dann muß das Kapital wieder erhöht werden, und diese Kapitalerhöhung dürfte dem Staat noch einige Millionen RM. kosten. Erst wenn die Endabrechnung kommt, läßt sich übersehen, was das Geschäft endgültig gekostet hat. Die Summe wird dann

wahrscheinlich von der Allgemeinheit nicht mit Beifall aufgenommen werden.

Zweifellos hat der Staat, wie sich schon aus den oben mitgeteilten Kursen ergibt, die Möglichkeit gehabt, den Einfluß auf den größten deutschen industriellen Komplex zu einem Preise zu erwerben, der den heutigen Verhältnissen entsprach. So, wie es gemacht wurde, hat man mit einer Verstaatlichung eine Entschuldungsaktion eines Privatindustriellen verbunden, die das Geschäft ungemein verteuerte und wenig erfreulich machte. Der Staat kann unserer Meinung nach kein Interesse daran haben, einen Großindustriellen zu retten, dessen Besitz sich aufbaute auf gepumptem Gelde, der sich die verschiedenen Geldquellen erschloß, um seinen Machtdünkel zu befriedigen und der dabei in den Zusammenbruch zu stürzen drohte. Hier liegt das Kriterium der ganzen Transaktion, und der Untersuchungsausschuß wird festzustellen haben, inwieweit die Transaktion nicht rein sachlichen Erwägungen unterlag.

Es hat den Anschein, als ob die neue Regierung das Gelsenkirchener Paket nicht behalten, sondern wieder in private Hände zurückgeben will. Nach neuesten Verlautbarungen soll eine Interessentengruppe schon in der Bildung begriffen sein. Es werden sich also in den nächsten Wochen wahrscheinlich noch interessante Dinge abspielen.

Dr. K.

## Die „Arbeitslosenhilfe“ der Regierung Papen

**AS** seit Jahr und Tag wurde eine Neuregelung der Arbeitslosenversorgung gefordert, zum mindesten eine Zusammenlegung der Krisenfürsorge und der Wohlfahrtspflege. Der Hauptbeweggrund dafür war die unterschiedliche Behandlung der Ausgesteuerten in der Krisenfürsorge und Wohlfahrtspflege und andererseits die in ansteigender wirtschaftlicher Konjunktur schwer belastende Bestimmung, daß Wohlfahrtsunterstützung zurückgezahlt werden muß. Zu denjenigen, die in Zeiten besserer Wirtschaftslage zurückzahlen müssen, gehören alle anständigen und objektiven Arbeitnehmer. Wo diese besonders zu suchen sind, braucht in den Spalten unseres Verbandsorgans nicht näher dargelegt zu werden. Sicher ist eins, daß die lautesten Rufe im Streit gegen die Gewerkschaften nicht zu denen gehören, die zurückzahlen werden. Dazu haben diejenigen, die nie zum gewerkschaftlichen Erfolg beigetragen, dafür aber um so krampfhafter am Erfolg teilnahmen, nie gehört. Sie haben es immer verstanden, sich zu drücken.

Die Neuregelung der Arbeitslosenversorgung vom 15., 16. und 17. Juni d. J. hat die allseits ersehnte Vereinfachung nicht gebracht. Durch die Anordnung, daß Arbeitslosenunterstützung nach sechswöchiger Dauer nur weiter gewährt werden kann nach festgestellter Hilfsbedürftigkeit durch die Wohlfahrtsämter, ist eine weitere erhebliche Komplizierung eingetreten. Es gibt jetzt fünf Arten, nach denen die arbeitslosen deutschen Volksgenossen betreut werden müssen:

1. Arbeitslosenunterstützung mit Rechtsanspruch für sechs Wochen.
2. Arbeitslosenunterstützung ohne Rechtsanspruch, wenn durch das Wohlfahrtsamt Hilfsbedürftigkeit festgestellt wird, für weitere vierzehn Wochen.
3. Arbeitslosenunterstützung ohne Rechtsanspruch, wenn durch das Wohlfahrtsamt Hilfsbedürftigkeit festgestellt wird, für Berufe mit saisonüblicher Arbeitslosigkeit, für weitere zehn Wochen.
4. Krisenunterstützung, wenn durch das Wohlfahrtsamt Hilfsbedürftigkeit festgestellt worden ist für 38 Wochen (bzw. 42 Wochen für Saisonarbeiter) mit Erweiterungsmöglichkeit auf 51 Wochen (bzw. 55 Wochen für Saisonarbeiter) für über 40 Jahre alte Arbeitslose.
5. Wohlfahrtsunterstützung nach den bekannten Grundsätzen.

Eine reichlich komplizierte Geschichte, an der niemand Freude hat und die die Sachverständigen, die so leicht nicht

aus der Fassung gebracht werden können, zur Verzweiflung bringen kann. Bis Sachverständige und Rechtsprechung in die letzten Feinheiten und Geheimnisse der Neuordnung der Arbeitslosenversorgung eingedrungen sind, wird noch einige Zeit vergehen.

Im Personenkreis hat sich nichts geändert. Es bleibt also beim Ausschluß der landwirtschaftlichen Arbeitnehmer (ohne landwirtschaftliche Angestellte, die zugelassen sind), Haushaltspersonal und aller Jugendlichen unter 21 Jahren aus der Krisenfürsorge. Der weitere Ausschluß der Jugendlichen unter 21 Jahren veranlaßt die Zeitschrift der Deutschen Arbeitgeberverbände (Nr. 12/1932) zu der Bemerkung: „Hier klaffen noch Widersprüche, die nur bei dem unübersichtlichen System unterlaufen konnten.“

Eine weitere bemerkenswerte Änderung im Personenkreis der Arbeitslosenversorgung enthält die Notverordnung vom 14. 6. 1932 im zweiten Teil, der von den Erleichterungen der Wohlfahrtslasten der Gemeinden handelt. Dort wird in Paragraph 5 gesagt, daß als Wohlfahrtserwerbslose nur noch solche anerkannt werden, die das 60. Lebensjahr nicht überschritten und arbeitsfähig, arbeitswillig und unfreiwillig arbeitslos sind. Bisher lag keine Beschränkung des Lebensalters vor. Aus der ganzen Fassung des Paragraphen geht hervor, daß ehemalige Selbständige als Wohlfahrtserwerbslose auch nicht anerkannt werden dürfen. Ob die durch das Finanzministerium im Einvernehmen mit dem Arbeitsministerium zu erlassenden Durchführungsbestimmungen über die Grundsätze, nach denen die Wohlfahrtserwerbslosen statistisch zu erfassen sind, Erleichterung bringen werden, ist abzuwarten. Zweifellos bedeutet die neue Begriffsbestimmung des Wohlfahrtserwerbslosen eine erhebliche Belastung der Gemeinden.

Die Leistungsbeschränkungen sind ganz erheblich. Mit der Neuregelung soll eine Ersparnis von 520 Millionen Reichsmark erzielt werden, die sich wie folgt zusammensetzen:

1. Kürzung der Arbeitslosenunterstützung . . . . .	150 000 000
2. Hilfsbedürftigkeitsprüfung in der Arbeitslosenversicherung . . . . .	38 000 000
3. Kürzung der Krisenunterstützung und Einführung der Hilfsbedürftigkeit . . . . .	117 000 000
4. Wohlfahrtsunterstützung, als Höchstmaß der Krisenunterstützung . . . . .	67 000 000
5. Kürzung der Wohlfahrtsätze . . . . .	148 000 000
zusammen:	520 000 000

Es ist genügend bekannt, daß durch die Neufestsetzung der Unterstützungsätze eine Senkung im Durchschnitt von 23 %



von 53 auf 40 RM, im Monat (einschl. Sozialversicherung) erfolgt ist. Die Unterstützungssätze sind jetzt einheitlich für Arbeitslosenunterstützung und Krisenfürsorge festgesetzt. Alle einschränkenden anderen Bestimmungen sind gefallen mit Ausnahme der für die Jugendlichen unter 21 Jahren, deren familienrechtlicher Anspruch durchgeführt werden kann, und der verheirateten Frau. Für die ersteren bleibt es bei den alten Bestimmungen, bei den letzteren ist an Stelle der Bedürftigkeitsprüfung die Hilfsbedürftigkeitsprüfung getreten. Unklar ist, nach welchen Bestimmungen und von wem die Durchführung der Durchführbarkeit des familienrechtlichen Unterhaltungsanspruchs festzustellen ist.

Stützung nur noch bezogen werden kann, wenn Hilfsbedürftigkeit vorliegt. Die Hilfsbedürftigkeit ist durch die Wohlfahrtsämter der Gemeinden nach den Grundsätzen der Fürsorgepflichtordnung festzustellen. Hinzu tritt die Vorschrift, daß die Unterstützungssätze in der Arbeitslosen- und Krisenunterstützung Höchstsätze sind und die weiter einengende Vorschrift, daß sowohl in der Arbeitslosenversicherung als auch in der Krisenfürsorge die Unterstützung den Betrag nicht übersteigen darf, den der Arbeitslose nach Prüfung der Hilfsbedürftigkeit beim Wohlfahrtsamt erhalten würde, wobei die Richtsätze der allgemeinen Fürsorge nur da überschritten werden dürfen, wo dies auch in der öffentlichen Fürsorge der Fall sein würde.

Die Kürzung der Unterstützungssätze trifft die Unterstützungsempfänger nicht gleichmäßig. Während bei allen Ledigen eine Kürzung erfolgt ist, ist bei den Verheirateten in den unteren Lohnklassen teilweise eine Erhöhung erfolgt, während in den oberen Lohnklassen die Kürzung fast 50% beträgt. So erhielt z. B. ein Unterstützungsempfänger aus Lohnklasse 11 mit Frau und 5 Kindern nach altem Recht 37,80 RM pro Woche, während er jetzt in Gemeinden der Ortsklassen B-E unter 10 000 Einwohnern nur noch 19,20 RM bekommt. Die Kürzung beträgt also 18,60 RM oder fast 50%.

Die Lohnklassen sind praktisch von elf auf sechs zusammengelegt. Die Unterstützungssätze sind nach drei Merkmalen neu festgesetzt:

1. Gemeinden der Sonderklasse und der Ortskl. A;
2. Gemeinden der Ortsklassen B-E mit über 10 000 Einwohnern;
3. Gemeinden der Ortsklassen B-E mit unter 10 000 Einwohnern.

Die Tabellen sind so übersichtlich, daß sich Bemerkungen dazu erübrigen. Es ist aber doch die Frage aufzuwerfen, welche Personenkreise im gesamten Reichsdurchschnitt auf die einzelnen Lohnklassen entfallen. Die letzte gültige Nachweisung für das ganze Reichsgebiet liegt vor für den 15. Oktober 1931. Danach entfallen:

Lohnklasse	All	Kru
1, 2, 3	11,8%	3,8%
4	12,2%	8,4%
5	13,7%	10,8%
6	15,3%	14,4%
7	13,3%	15,1%
8	10,9%	12,0%
9, 10, 11	22,8%	35,5%
	100	100

Eine ganz wesentlich einschneidende Neuerung ist die Vorschrift, daß Arbeitslosenunterstützung vom 37. Bezugstage an und Krisenunterstützung (All = Arbeitslosenunterstützung, Kru = Krisenunterstützung.)

Tabelle I für Gemeinden der Sonderklasse und der Ortsklasse A.

Lohnklasse		mit Zuschlagsempfänger						
		Ledige	1	2	3	4	5	6
1	bis 10,- RM. wöchentlicher Verdienst							
	Altes Recht	5,60	6,-	6,40	6,40	6,40	6,40	6,40
	Neues Recht	5,10	6,60	6,60	6,60	6,60	6,60	6,60
	Differenz	- 0,50	+ 0,60	+ 0,20	+ 0,20	+ 0,20	+ 0,20	+ 0,20
2	10,01-14,- wöchentlicher Verdienst							
	Altes Recht	7,20	7,80	8,40	9,-	9,60	9,60	9,60
	Neues Recht	6,-	7,50	9,-	10,50	10,50	10,50	10,50
	Differenz	- 1,20	- 0,30	+ 0,60	+ 1,50	+ 0,90	+ 0,90	+ 0,90
3	14,01-18,- wöchentlicher Verdienst							
	Altes Recht	8,-	8,80	9,60	10,40	11,20	12,-	12,-
	Neues Recht	7,20	9,-	10,80	12,60	12,60	12,60	12,60
	Differenz	- 0,80	+ 0,20	+ 1,20	+ 1,80	+ 1,40	+ 0,60	+ 0,60
4	18,01-24,- wöchentlicher Verdienst							
	Altes Recht	8,82	9,87	10,92	11,97	13,02	14,07	15,12
	Neues Recht	8,40	10,20	12,-	13,80	15,60	15,60	15,60
	Differenz	- 0,42	+ 0,33	+ 1,08	+ 1,83	+ 2,58	+ 1,53	+ 0,48
5	24,01-30,- wöchentlicher Verdienst							
	Altes Recht	9,45	10,80	12,15	13,50	14,85	16,20	17,55
	Neues Recht	8,40	10,20	12,-	13,80	15,60	17,40	17,40
	Differenz	- 1,05	- 0,60	- 0,15	+ 0,30	+ 0,75	+ 1,20	- 0,15
6	30,01-36,- wöchentlicher Verdienst							
	Altes Recht	11,55	13,20	14,85	16,50	18,15	19,80	21,45
	Neues Recht	8,40	10,20	12,-	13,80	15,60	17,40	19,20
	Differenz	- 3,15	- 3,-	- 2,85	- 2,70	- 2,55	- 2,40	- 2,25
7	36,01-42,- wöchentlicher Verdienst							
	Altes Recht	12,68	14,63	16,58	18,53	20,48	22,43	24,38
	Neues Recht	9,90	12,30	14,70	17,10	19,50	21,90	24,30
	Differenz	- 2,78	- 2,33	- 1,88	- 1,43	- 0,98	- 0,53	- 0,08
8	42,01-48,- wöchentlicher Verdienst							
	Altes Recht	13,50	15,75	18,-	20,25	22,50	24,75	27,-
	Neues Recht	9,90	12,30	14,70	17,10	19,50	21,90	24,30
	Differenz	- 3,60	- 3,45	- 3,30	- 3,15	- 3,-	- 2,85	- 2,70
9	48,01-54,- wöchentlicher Verdienst							
	Altes Recht	15,30	17,85	20,40	22,95	25,50	28,05	30,60
	Neues Recht	11,70	14,40	17,10	19,80	22,50	25,20	27,90
	Differenz	- 3,60	- 3,45	- 3,30	- 3,15	- 3,-	- 2,85	- 2,70
10	54,01-60,- wöchentlicher Verdienst							
	Altes Recht	17,10	19,95	22,80	25,65	28,50	31,35	34,20
	Neues Recht	11,70	14,40	17,10	19,80	22,50	25,20	27,90
	Differenz	- 5,40	- 5,55	- 5,70	- 5,85	- 6,-	- 6,15	- 6,30
11	über 60,- wöchentlicher Verdienst							
	Altes Recht	18,90	22,05	25,20	28,35	31,50	34,65	37,80
	Neues Recht	11,70	14,40	17,10	19,80	22,50	25,20	27,90
	Differenz	- 7,20	- 7,65	- 8,10	- 8,55	- 9,-	- 9,45	- 9,90

Tabelle II für Gemeinden der Ortsklassen B-E mit über 10 000 Einwohnern.

Lohnklasse		mit Zuschlagsempfänger						
		Ledige	1	2	3	4	5	6
1	bis 10,- RM. wöchentlicher Verdienst							
	Altes Recht	5,60	6,-	6,40	6,40	6,40	6,40	6,40
	Neues Recht	5,10	6,60	6,60	6,60	6,60	6,60	6,60
	Differenz	- 0,50	+ 0,60	+ 0,20	+ 0,20	+ 0,20	+ 0,20	+ 0,20
2	10,01-14,- wöchentlicher Verdienst							
	Altes Recht	7,20	7,80	8,40	9,-	9,60	9,60	9,60
	Neues Recht	6,-	7,50	9,-	10,50	10,50	10,50	10,50
	Differenz	- 0,80	- 0,30	+ 0,60	+ 1,50	+ 0,90	+ 0,90	+ 0,90
3	14,01-18,- wöchentlicher Verdienst							
	Altes Recht	8,-	8,80	9,60	10,40	11,20	12,-	12,-
	Neues Recht	6,-	7,50	9,-	10,50	10,50	10,50	10,50
	Differenz	- 2,-	- 1,30	- 0,60	+ 0,10	- 0,70	- 1,50	- 1,50
4	18,01-24,- wöchentlicher Verdienst							
	Altes Recht	8,82	9,87	10,92	11,97	13,02	14,07	15,12
	Neues Recht	7,20	9,-	10,80	12,60	14,40	14,40	14,40
	Differenz	- 1,62	- 0,87	- 0,12	+ 0,63	+ 1,38	+ 0,33	- 0,72
5	24,01-30,- wöchentlicher Verdienst							
	Altes Recht	9,45	10,80	12,15	13,50	14,85	16,20	17,55
	Neues Recht	7,20	9,-	10,80	12,60	14,40	16,20	16,20
	Differenz	- 2,25	- 1,80	- 1,35	- 0,90	- 0,45	-	- 1,35
6	30,01-36,- wöchentlicher Verdienst							
	Altes Recht	11,55	13,20	14,85	16,50	18,15	19,80	21,45
	Neues Recht	7,20	9,-	10,80	12,60	14,40	16,20	18,-
	Differenz	- 4,35	- 4,20	- 4,05	- 3,90	- 3,75	- 3,60	- 3,45
7	36,01-42,- wöchentlicher Verdienst							
	Altes Recht	12,68	14,63	16,58	18,53	20,48	22,43	24,38
	Neues Recht	8,40	10,20	12,-	13,80	15,60	17,40	19,20
	Differenz	- 4,28	- 4,43	- 4,58	- 4,73	- 4,88	- 5,03	- 5,18
8	42,01-48,- wöchentlicher Verdienst							
	Altes Recht	13,50	15,75	18,-	20,25	22,50	24,75	27,-
	Neues Recht	8,40	10,20	12,-	13,80	15,60	17,40	19,20
	Differenz	- 5,10	- 5,55	- 6,-	- 6,45	- 6,90	- 7,35	- 7,80
9	48,01-54,- wöchentlicher Verdienst							
	Altes Recht	15,30	17,85	20,40	22,95	25,50	28,05	30,60
	Neues Recht	9,90	12,30	14,70	17,10	19,50	21,90	24,30
	Differenz	- 5,40	- 5,55	- 5,70	- 5,85	- 6,-	- 6,15	- 6,30
10	54,01-60,- wöchentlicher Verdienst							
	Altes Recht	17,10	19,95	22,80	25,65	28,50	31,35	34,20
	Neues Recht	9,90	12,30	14,70	17,10	19,50	21,90	24,30
	Differenz	- 7,20	- 7,65	- 8,10	- 8,55	- 9,-	- 9,45	- 9,90
11	über 60,- wöchentlicher Verdienst							
	Altes Recht	18,90	22,05	25,20	28,35	31,50	34,65	37,80
	Neues Recht	9,90	12,30	14,70	17,10	19,50	21,90	24,30
	Differenz	- 9,-	- 9,75	- 10,50	- 11,25	- 12,-	- 12,75	- 13,50

Tabelle III für Gemeinden der Ortsklasse B-E unter 10 000 Einwohner.

Statt langer Ausführungen über die Bedeutung dieser Vorschriften seien die Wirkungen in den unteren und oberen Lohnklassen gegenübergestellt. Wir bitten, die beiden untenstehenden Tabellen zu vergleichen.

Im ersteren Falle, in dem die Arbeitslosen- und Krisenunterstützung über den Wohlfahrtsfähigen liegen, muß die Unterstützung auf den Wohlfahrtsfähigen gekürzt werden. Im zweiten Falle, in dem die Arbeitslosen- und Krisenunterstützung unter den Wohlfahrtsfähigen liegt, werden wahrscheinlich die Unterstützungsempfänger Anspruch darauf erheben, das vom Wohlfahrtsamt festgesetzte Existenzminimum zu bekommen. Nach den neuen Vorschriften kann diese Differenz vom Arbeitsamt nicht bewilligt werden, und die Auszahlung wird am Wohlfahrtsamt, d. h. an der Gemeinde, hängen bleiben: eine zweite, erheblich ungünstige Wirkung für die Gemeindefinanzen, aber auch für diejenigen, die später zurückzahlen müssen an die Gemeinde.

In den Lohnklassen 9, 10, 11, d. h. bei einem Wochenverdienst von über 48,01 RM beträgt die Unterstützung (zugrunde gelegt sind die Richtsätze der Wohlfahrtsämter der Stadt Duisburg-Samborn mit 435 000 Einwohnern):

	All u. Kru	Wohlfahrt	Differenz
Hauptunterstützungsempfänger	11,70	7,85	-3,85
mit Ehefrau	14,40	11,70	-2,70
und 1 Kind	17,10	14,70	-2,40
" 2 Kindern	19,80	17,70	-2,20
" 3 "	22,50	20,70	-1,80
" 4 "	25,20	23,70	-1,50
" 5 "	27,90	26,70	-1,20

Lohnklasse		mit Zuschlagsempfänger						
		Ledige	1	2	3	4	5	6
1	bis 10,- RM. wöchentlicher Verdienst							
	Altes Recht	5,60	6,-	6,40	6,40	6,40	6,40	6,40
	Neues Recht	4,50	5,70	5,70	5,70	5,70	5,70	5,70
	Differenz	-1,10	-0,30	-0,70	-0,70	-0,70	-0,70	-0,70
2	10,01-14,- wöchentlicher Verdienst							
	Altes Recht	7,20	7,80	8,40	9,-	9,60	9,60	9,60
	Neues Recht	4,50	5,70	6,90	8,10	8,10	8,10	8,10
	Differenz	-2,70	-2,10	-1,50	-0,90	-1,50	-1,50	-1,50
3	14,01-18,- wöchentlicher Verdienst							
	Altes Recht	8,-	8,80	9,60	10,40	11,20	12,-	12,-
	Neues Recht	5,-	6,60	8,10	9,60	9,60	9,60	9,60
	Differenz	-2,90	-2,20	-1,50	-0,80	-1,60	-2,40	-2,40
4	18,01-24,- wöchentlicher Verdienst							
	Altes Recht	8,82	9,87	10,92	11,97	13,02	14,07	15,12
	Neues Recht	6,-	7,50	9,-	10,50	12,-	12,-	12,-
	Differenz	-2,82	-2,37	-1,92	-1,47	-1,02	-2,07	-3,12
5	24,01-30,- wöchentlicher Verdienst							
	Altes Recht	9,45	10,80	12,15	13,50	14,85	16,20	17,55
	Neues Recht	6,-	7,50	9,-	10,50	12,-	13,50	13,50
	Differenz	-3,45	-3,30	-3,15	-3,-	-2,85	-2,70	-4,05
6	30,01-36,- wöchentlicher Verdienst							
	Altes Recht	11,55	13,20	14,85	16,50	18,15	19,80	21,45
	Neues Recht	6,-	7,50	9,-	10,50	12,-	13,50	15,-
	Differenz	-5,55	-5,70	-5,85	-6,-	-6,15	-6,30	-6,45
7	36,01-42,- wöchentlicher Verdienst							
	Altes Recht	12,68	14,63	16,58	18,53	20,48	22,43	24,38
	Neues Recht	7,20	9,-	10,80	12,60	14,40	16,20	18,-
	Differenz	-5,48	-5,63	-5,78	-5,93	-6,08	-6,23	-6,38
8	42,01-48,- wöchentlicher Verdienst							
	Altes Recht	13,50	15,75	18,-	20,25	22,50	24,75	27,-
	Neues Recht	7,20	9,-	10,80	12,60	14,40	16,20	18,-
	Differenz	-6,30	-6,75	-7,20	-7,65	-8,10	-8,55	-9,-
9	48,01-54,- wöchentlicher Verdienst							
	Altes Recht	15,30	17,85	20,40	22,95	25,50	28,05	30,60
	Neues Recht	7,20	9,-	10,80	12,60	14,40	16,20	18,-
	Differenz	-8,10	-8,85	-9,60	-10,35	-11,10	-11,85	-12,60
10	54,01-60,- wöchentlicher Verdienst							
	Altes Recht	17,10	19,99	22,80	25,65	28,50	31,35	34,20
	Neues Recht	8,40	10,20	12,-	12,60	15,60	16,20	19,20
	Differenz	-8,70	-9,79	-10,80	-13,05	-12,90	-15,15	-15,-
11	über 60,- wöchentlicher Verdienst							
	Altes Recht	18,90	22,05	25,20	28,35	31,50	34,65	37,80
	Neues Recht	8,40	10,30	12,-	12,60	15,60	16,20	19,20
	Differenz	-10,50	-11,75	-13,20	-15,75	-15,90	-18,45	-18,60

In diesen Lohnklassen ist, wie das Zahlenbild zeigt, die Arbeitslosen- und Krisenunterstützung in allen Lohnklassen höher als die Wohlfahrtsunterstützung. Trotzdem darf nur der Satz der Wohlfahrtsunterstützung gezahlt werden.

In Lohnklasse 6 beträgt die Unterstützung:

	All u. Kru	Wohlfahrt	Differenz
Hauptunterstützungsempfänger	8,40	7,85	-0,55
mit Ehefrau	10,20	11,75	+1,55
und 1 Kind	12,-	14,75	+2,75
" 2 Kindern	13,80	17,75	+3,95
" 3 "	15,60	20,75	+5,15
" 4 "	17,40	23,75	+6,35
" 5 "	19,20	26,75	+7,55



Theodor Mügge

XXIX.

Der Priester Franz stieg auf die Turmzinne und rief hinunter: „Friedel Friedel im Namen Gottes, liebe Brüder. Wir wollen Euch die Stadt übergeben, wenn Ihr alles darin am Leben laßt!“

Der Graf stand unten und hörte die Antwort. „Öffnet das Tor!“ rief Jakob Rohrbach, „und laßt in eure Häuser, Ihr Bürger, so soll euch nichts am Leben geschehen. Die Ritter aber müssen alle sterben!“

„Erbarmt Euch um Christi Blut!“ rief der Priester. — Ein Nordgeskrei war die Antwort.

„So verschont dann wenigstens den Grafen!“ bat der Gottesmann.

„Kümmert ihn und so keinen!“ antwortete Jäcklein. „Er muß sterben, und wäre er des Kaisers eigener Sohn und wäre von Gold gemacht.“

Da kam ein Todesgrauen über Helfenstein, er wurde die Wahrheit inne.

Gleich aber raffte er seinen Hut zusammen und sann auf Rettung.

Auf dem Markte standen alle Pferde gefesselt, Ritter und Reislige umringelten ihn. „Saltet sie nur noch eine kleine Welle auf“, sagte er, „und helft uns zum oberen Tore hinaus, so können wir entkommen.“

„Nein, nein“, schrien die Bürger zurück, „wir wollen nicht in der Drüse stecken bleiben, in die Ihr uns gebracht habt.“

„Die Tore auf! die Tore auf!“ kreischten die Weiber. „Laßt sie nicht fort; laßt sie ihre Suppe aessen.“

Helfenstein sah verstört in den tobenden Haufen und den Bürgermeister an. „Wo sind nun meine frommen Bürger!“ rief er verzweifelt.

„Wir werden den Schelmen ein Lösegeld bieten müssen“, sagte Dietrich Weiler.

„Rettet Euch in die Kirche, gnädiger Herr“, bat der Bürgermeister, „fort könnt Ihr jetzt nicht mehr. Am Gottes willen eilt. Es ist vorbei!“

Und es war vorbei. Das Tor wurde eingerannt, eben da der Graf mit seinen Rittern sich auf ihre Rosse schlangen, doch gleichzeitig wurde das Obertor genommen, und über die Mauern und durch die kleine Pforte an der Kirche wälzte sich das Bauernheer an vier Orten zugleich in die eroberte Stadt.

Beim ersten Anlauf sank alles, was Widerstand leisten wollte, Bürger und Reislige, was dann von diesen übrig blieb und fliehen konnte, floh in die Kirche, doch nur für wenige Minuten. Bald waren auch diese Türen gesprengt, Nordgeheul und die Blitze der Feuerwaffen, das Toben und Klirren des Kampfes und das Schreien und Röcheln der Verwundeten und Sterbenden füllten den heiligen Raum. An den Altären wurden sie erstochen, in die Grüste hinab verfolgt, bis der letzte Weheruf, die letzte Bitte verstummte. —

Lagen aber in den Gewölben die Toten bei den Toten, und waren die Gräber auf dem Kirchhofe mit Blut statt mit Blumen bedeckt, so gab es doch noch auf dem Turme Lebende, die nicht länger leben sollten.

Hierher hatte sich Helfenstein mit mehr als zwanzig Rittern und Knechten geflüchtet, und die enge Wendelstiege versperrten ein paar erstochene Herren, die mit ihren toten Leibern noch den Bauern den Ausgang zu ihren Feinden wehrten.

„Jetzt bleibt uns keine Hoffnung mehr“, sagte Dietrich von Weiler, „so müssen wir uns denn unser Geld nicht reuen lassen.“

Und er trat auf den Turmkranz hervor, nahm den Eisenhut mit den Federn ab, hielt ihn hoch und rief hinunter: „Saltet ein, wir wollen uns geben. Dreißigtausend Gulden wollen wir als Lösegeld zahlen.“



In den Lohnklassen vier und fünf sind die Differenzen die gleichen wie in der Lohnklasse sechs, bis auf Familien mit 4 und 5 Kindern, bei denen sie noch höher sind.

**Der Rechtsweg.** Der Unterstützungsantrag wird vom Vorsitzenden des Arbeitsamtes genehmigt, wenn die Voraussetzungen erfüllt und die Gemeinde die Hilfsbedürftigkeit festgestellt hat. Der Arbeitslose hat heute eine doppelte Möglichkeit der Beschwerde. Einmal kann er den Rechtsweg beschreiten gegen die Entscheidung des Vorsitzenden beim Spruchauschuss und andererseits kann er gegen die Feststellung der Gemeinde hinsichtlich der Hilfsbedürftigkeit angehen, eine Komplizierung der Rechtslage, die darin besteht, daß der Arbeitslose gleich an zwei Stellen Einspruch erheben kann, wodurch natürlich die Sache nicht schneller geht, sondern umständlicher wird, wodurch eine Menge neuer Verwaltungsarbeit und Schwierigkeiten entsteht.

Die Neuregelung der Arbeitslosenversicherung bringt selbstverständlich auch andere Dinge, die aber in diesem Zusammenhang übergangen werden können. Kritische Bemerkungen zur Neuregelung wären in ganz erheblicher Anzahl gegeben. Aus naheliegenden Gründen möchte ich mir jedoch kritische Betrachtungen versagen. Statt dessen möchte ich einige Stellen hervorheben, die der Altmeister des deutschen Arbeitsnachweises, Herr Professor Dr. Jastrow, zu dem alle Arbeitsnach-



## Frei Volk! Frei!

Das ist der Ruf unserer Volksfront. Unsere Volksfront hat ein äußeres Symbol: e i n e n B l i z, der in das Dunkel der Zeit hineinschmettert und das trübe Gewölke zerreißt. Dieses Zeichen, zusammengesetzt aus den Buchstaben VF = Volksfront, ist aus Weißmetall hergestellt und kostet 10 Pf. pro Stück. Unser Verbandsabzeichen und dieses Zeichen „Blitz“ gehören zu jedem Metallarbeiter.

weisleute in Dankbarkeit und Verehrung aufschauen, u. a. in Heft 25 der „Sozialen Praxis“ macht. Jastrow sagt:

„Der Satz der Wohlfahrtsunterstützung ist nach bestehendem Recht das Existenzminimum. Wie macht man das, daß man ein Existenzminimum herabsetzt? Wird das Minimum etwa geringer, wenn man in den Paragraphen eine geringere Zahl hineinschreibt? ... Wie wenig müssen die, die solche Pläne verfolgen, mit der Gedankenwelt derer vertraut sein, über deren Schicksal hier entschieden wird!“

Karl Weinbrenner.

# Aus den Betrieben

## Ueberfall auf Arbeitsrecht in der Grafschaft Glatz

Die in der Grafschaft Glatz detachierte Kammer des Schlichtungsausschusses Breslau unter dem Vorsitz des Bürgermeisters Goebel (Glatz) hat schon verschiedentlich von sich reden gemacht. Reden gemacht nicht im guten sozialen Sinne, sondern immer von sich reden gemacht im realistischen Sinne.

Noch vor einigen Wochen mußte die Glasindustrie der Grafschaft Glatz feststellen, daß der Vorsitzende des Schlichtungsausschusses in der Grafschaft der Arbeiterschaft auch das letzte nimmt. Aber noch ein viel größeres Kunststück, ja geradezu einen Ueberfall auf die deutsche Arbeiterschaft, hat sich der Vorsitzende der Schlichtungskammer, Herr Bürgermeister Goebel, in Glatz mit seinem Schiedspruch vom 3. Juni 1932 für die dortige Metallindustrie geleistet. Der Arbeitgeberverband der Grafschaft Glatz hat den Manteltarifvertrag gekündigt, um in der Urlaubsfrage zu einer ähnlichen Regelung zu kommen wie diese in ganz Deutschland für das

Jahr 1932 betreffend des Urlaubs getroffen worden ist. Eine Einigung konnte nicht erzielt werden. Aus diesem Grunde riefen die Gewerkschaften den Schlichtungsausschuss an. Um aber nun ja den Arbeitgebern und der marschierenden Reaktion ein freundliches Gesicht zu zeigen, geht der Herr Bürgermeister Goebel von Glatz, als Vorsitzender des Schlichtungsausschusses dazu über und verurteilt die Metallarbeiter zur völligen Aufhebung des Urlaubs für das Jahr 1932. In seinem Schiedspruch sagt der Schlichtungsausschuss: „Die Bestimmungen über Urlaub werden für das Jahr 1932 außer Kraft gesetzt.“ Damit aber noch nicht genug.

Darüber hinaus diktiert er den Metallarbeitern einen Lohnabzug von 3 Pf. pro Stunde. Also Urlaubsentziehung und Lohnabbau. Das ist der richtigste Schwabenstreich. Gelingen im Jahre der Reaktion 1932.

In wie leichtfertiger Art und Weise aber dieser Schiedspruch gefällt worden ist, ergibt sich aus einer Eingabe der am Tarifvertrag beteiligten

Als sie sein verhaßtes Gesicht sahen, wuchs ihre Wut. „Nicht um Tonnen Goldes“, schrie Jäcklein, „sollt Ihr das Leben behalten. Ihr müßt alle sterben.“

Anderer schrien: „Rache für unsere Brüder! Rache für die Siebentausend, die bei Wurzach ermordet wurden!“ — In demselben Augenblick fiel ein Schuß, und Dietrich von Weiler stürzte zusammen. Eine Kugel vom Kirchhofe war ihm durch Hals und Kopf gedrungen.

Und damit zugleich sprangen die Bauern den Schneckengang herauf und auf den Kranz. Die dort ständen, sanken durchbohrt, und von der Turmhöhe nieder fielen ihre zerschmetterten Körper auf den Kirchhof.

Da sahen alle die stolzen Herrn ihr jammervolles Ende vor sich. Die vor wenigen Stunden noch gehöhnt, die Bauern möchten kommen und sich die Ostereier holen, sie standen jetzt voll Todesangst, und manche lagen auf ihren Knien und schrien laut um Gnade. Aber der wilde Matthias Ritter, der Dietrich Weiler und drei andere vom Turm geworfen, würde keinen verschont haben, wäre nicht eben der oberste Hauptmann Georg Mehler und neben ihm Wendel Sipler, beide zu Ross, mit anderen Führern auf dem Kirchhofe erschienen. Jörg Mehler schrie mit mächtiger Stimme



hinauf: „Halt Ihr dort oben, haltet ein! Es soll kein Ritter mehr getötet werden. Die noch leben, bringt zu mir herunter.“

Soviel Achtung vor des Oberhauptmanns Befehl war noch in den Bauern, daß sie folgten, manche mochten auch heimlich an Beute und Lösegeld für ihre Gefangenen denken. Ritter und Reifige mußten hinabsteigen, in der Kirche wurden sie mit Stricken gebunden. So trat Graf Helfenstein heraus und hinter ihm folgte die Reihe seiner unglücklichen Genossen. John Schimpf grausames Gelächter empfangen und begleiteten sie. Fäuste und Schwerter wurden gegen sie aufgehoben, sie wurden gestoßen und geschlagen das Blut floß dem Junker Georg von Kaltenthal vom Kopf, und plötzlich wankte auch Graf Helfenstein, die Spitze einer Sellenbarde war ihm in die Seite gefahren. Eines Winkes hätte es nur bedurft, so lagen sie alle zerfleischt, aber Jakob Rohrbach fuhr wütend auf den Bauer los, der den Grafen gestochen hatte.

„Hast du nicht gehört“, schrie er, und stieß ihn zurück, „daß diesen Gefangenen kein Leid geschehen soll. In den Turm mit ihnen! Wehe dem, der seine Hand gegen sie aufhebt.“

In Helfenstein dämmerte ein Hoffnungsstrahl auf. Erinnerte sich Jäcklein daran, daß er mild gegen ihn gewesen? — Der vornehme Herr dachte an seine Wohltat und an sein heimlich Wohlwollen für den wilden Gefellen.

Aber Jakob Rohrbach wandte sein Gesicht fort. Jörg Mehler und sein Gefolge ritten herbei.

„Ihr hättet Euch diesen Gang wohl sparen können“, sagte der Oberhauptmann der Bauern, „wenn Ihr unsere Mahnungen nicht verachtet hättet.“

„Ich will mich lösen, was Ihr fordern mögt“, antwortete Helfenstein. „Schützt uns leht vor Mißhandlungen.“

„Dir übergebe ich die Gefangenen“, sagte Mehler zu Jäcklein, „und will sie von dir begehren. Du sollst für ihre Sicherheit haften.“

„Bis der Kriegsrat über sie beschlossen hat“ fügte Wendel Sipler hinzu. „Sie sollen wohl bewahrt werden, ich stehe dafür ein“, erwiderte der

Verbände, die an den Herrn Regierungspräsidenten der Provinz Nieder-Schlesien gemacht worden ist und die folgendermaßen lautet:

„Der Schlichtungsausschuß Breslau, Zweigstelle Glatz, fällt am 3. Juni 1932 unter dem Vorsitz von Herrn Bürgermeister Goebel einen Schlichtungsbescheid für die Metallindustrie der Grafschaft Glatz.

Außergewöhnliche Vorgänge bei den Verhandlungen vor dem Schlichtungsausschuß geben den unterzeichneten Organisationen Veranlassung den Herrn Regierungspräsidenten zu bitten, diesen Schlichtungsbescheid aufzuheben und den Tarifstreit an eine andere Kammer zu verweisen.

Zur Begründung:

1. Der amtliche Schlichtungsausschuß in Glatz tagt nicht wie allgemein üblich an neutraler Stelle, sondern in den Geschäftsräumen des dortigen Arbeitgeberverbandes.

2. Gegen die Befehung des Schlichtungsausschusses wurde Einspruch erhoben, weil Herr Wache als Arbeitgeberbeisitzer in eigener Sache

als Richter fungierte. Der Einspruch wurde nach Beratungen, an denen Herr Wache teilnahm, vom Schlichtungsausschuß zurückgewiesen.

3. Mit Zustimmung der Parteien nahmen die Beisitzer an den Verhandlungen teil. Ein Beisitzer (Herr Wache) verließ etwa 20 Minuten nach Beginn der Verhandlungen den Raum und kehrte erst zurück, als sich der Schlichtungsausschuß zur Beratung zurückgezogen hatte. Die Verhandlungen mit den Parteien nahmen die Zeit von 8 Uhr 45 Minuten bis 10 Uhr 50 Minuten in Anspruch. Während dieser Zeit war der Schlichtungsausschuß länger als 1 1/2 Stunden nur mit 3 Beisitzern besetzt.

Sinzuzufügen ist nur noch, daß der Herr Bürgermeister Goebel bei den Verhandlungen fast kein Ohr den Ausführungen der Arbeiterschaft widmete, sondern während dieser Zeit Briefe las. Als aber der Vertreter der Unternehmer zu Wort kam, waren alle Sinne auf das Schärfste angespannt.

Schönen Zeiten geht die Arbeiterschaft entgegen, wenn sie nicht die Stunde nützt und sich engstens zusammenschließt. Tra.

# Umschau

## Doppelverdiener-Anwesen

Nachstehende Zeilen stellen einen Notruf an unsere Führer dar. Als erwerbsloser Familienvater, schwermütig um seine Lebenseristenz, auf ständiger Suche nach einem Arbeitsplatz, jedoch immer und immer wieder ohne Erfolg, habe ich bereits in manchen unserer Versammlungen energig Front gemacht gegen eine Erscheinung, welche die Lebensmöglichkeiten der Arbeitslosen ständig weiter einschränkt, gegen das sogenannte Doppelverdiener-Anwesen.

Immer wieder ist mir dann zur Antwort gegeben worden, daß für die nächste Zeit einschneidende Änderungen auch auf diesem Gebiet erfolgen würden. Ich warte jedoch vergebens. Uns als Arbeitnehmern, insbesondere auch den Erwerbslosen, wurde durch die verschiedensten Verfügungen, deren Erlaß bestimmt nicht zu umgehen war, die Lebenshaltung bis zum Existenzminimum gekürzt. Wenn wir in unserem Vaterlande gegenwärtig noch zirka 6 Millionen Erwerbslose ohne Angehörige registrieren, und mit einem merklichen Abflauen dieser gewaltigen Ziffern noch nicht gerechnet werden kann, auf der anderen Seite dagegen feststellen müssen, daß es eine ganze Anzahl von Menschen gibt, die sich nicht scheuen, durch doppelte Einkünfte im öffentlichen oder privaten Leben ihren materiellen Bequemlichkeiten fröhnen zu können, letztlich auf Kosten der zum Nichtstun Verurteilten, so kann man einem solch niedrigen Gebahren keinerlei Verständnis abgewinnen, wo sich die Not der breitesten Volksschichten bis ins Unerträgliche steigert. Daß sich diesem geradezu unwürdigen Verhalten gegenüber eine ungeheure Erbitterung der Arbeitslosen breitmacht, wird verständlich, wenn man bedenkt, daß sich heute um einen einzigen Arbeitsplatz tausende Erwerbslose bemühen.

Auf der einen Seite wissen diese verzweifelte Menschen nicht mehr, wie sie ihr Leben fristen sollen — dabei weise ich hier auf die ständig im Steigen begriffenen Zahlen der Selbstmorde hin, die eine deutliche Sprache sprechen — und auf der anderen Seite macht sich das Wohlleben breit wie nie zuvor. Damit soll nun nicht etwa gesagt sein oder die Forderung aufgestellt werden, jegliches doppelte Einkommen aus Arbeit restlos zu beseitigen, sondern diese Forderung ist nur da vertretbar, und muß auch gestellt werden vom moralischen als auch vom volkswirtschaftlichen Standpunkt aus, wo durch den Doppelverdienst höhere Einkommen bezogen werden, als solche zum auskömmlichen Lebensunterhalt der in Frage kommenden Personen notwendig sind. Ich glaube die Zustimmung aller Leser finden zu dürfen, welche sich mit dieser Frage bzw. deren Lösung eingehend beschäftigen, und zwar vom sozialen Standpunkt aus. Nach erfolgter Beseitigung aller in Frage kommenden Doppelverdiener würde es m. E. nach möglich sein, einige tausende Erwerbslose wieder in Arbeit und Brot zu bringen, womit gleichzeitig diesen Leuten das verlorene seelische Gleichgewicht wieder gegeben und dadurch ganz bestimmt eine Eindämmung der im Volk vorhandenen Unruhe zu verzeichnen sein würde.

Wenn schon die Arbeitsbeschaffung von öffentlicher, sowohl als auch von privater Seite aus als die dringlichste Aufgabe erkannt wird, dann soll auch unsere Regierung konsequent sein und jedes Mittel ergreifen, das geeignet erscheint, Arbeitslose in den Produktionsprozeß einzureihen. Wenn schon von Volksnot gesprochen wird, dann sollen die sich daraus ergebenden Lasten auf die Schultern sämtlicher Volksschichten verteilt werden.

B. Kahle, Bremen

wilde Geißel, und von seinem Hausen dicht umschlossen, führte er die Ritter fort, daß niemand mehr ihnen nahe kommen konnte.

In weniger Zeit als einer Stunde waren Schloß und Stadt von den Bauern erobert worden, jetzt ging es an die Plünderung, und nur nach vielem Streit und Gemurrt setzten es die Hauptleute durch, daß Ausnahmen gemacht wurden. Der wilde Strom ergoß sich jetzt über Weinsberg und hinauf in die Burg, wo Florians Wachen zulezt mit Mühe nur die Gräfin schützen konnten, bis sie diese endlich samt dem Hausnarren und einem Reiterbuben, der am Leben geblieben, in die Stadt schafften, da Margarete gehört hatte, daß ihr lieber Gemahl gefangen sei und lebe und im Turm bei der Mühle verwahrt werde.

Aber die Wache verweigerte ihr den Einlaß in den Kerker, ihr Flehen und Weinen war vergebens, und plötzlich stand neben ihr ein Weib, das faßte sie bei den Schultern, schaute sie boshaft an und rief mit grimmigem Hohn: „Merkt du nun, wie es tut, wenn ein Mensch in seiner Angst und Not verzweifelt, und die ihm Vater und Mutter nahmen und im Turm verschmachten ließen, haben nichts für ihn als Spott und Schand! Merkt du, wie es tut, wenn man die verflucht, die sich an unserem Jammer weiden!“

Mit stummem Entsetzen hob Margarete ihre gefalteten Hände auf, aber das Weib schrie ihr triumphierend zu: „Liege hier und horche, ob du nicht hörst, wie er um Hilfe und Erbarmen schreit, um einen Trunk Wasser, um den Schmerz seiner Wunde, um den Brand in seinem Blute. Liege hier und sammere vergebens und sei verflucht mit ihm und deinem Geschlecht!“

Besinnungslos sank die unglückliche Gräfin nieder, die schwarze Hofmännin aber stieß ein gellend Gelächter aus und ging in die Mühle, wo Jakob Rohrbach sein Quartier genommen. — Den Rarren und den jungen Knecht rissen die Wächter auf und stießen sie in den Turm zu den übrigen Gefangenen. Die Frau vor der sie vor wenigen Tagen noch auf den Knien gelegen, wenn sie sich zeigte, und das junge Herrlein ließen sie liegen, bis ein paar arme Weiber sich ihrer erbarmten, die sie in eine Stütze trugen und dort ihr beistanden.

Als die Nacht kam, lag Weinsberg in roter Glut. Die alte Welfenburg loderte als ungeheure Fackel in den Himmel und beleuchtete die

Hausen der trunkenen, jubelnden Sieger, welche um die Fässer voll edlen Weins tanzten, die aus den Schloßkellern gewälzt und verteilt wurden. Raub aller Art hatten sie erbeutet, Gold und kostbaren Schmuck, Ringe und Ketten, Kirchengefäße und Messgewänder, und auf ihren Speißen hingen grauenvolle Trophäen, die blutigen Glieder des grausamen Dietrich Weiler und anderes entsetzliches, womit sie ihren Spott trieben.

In des Bürgermeisters geplündertem und zerschlagenem Hause aber saßen die Hauptleute beisammen und ratschlagten über das Los der Gefangenen. Manche von ihnen zeigten sich über die vorgefallenen Greuel entrüstet und erschrocken, andere suchten diese zu entschuldigen, noch andere verteidigten sie mit harten Worten. Es wurde die mildeste Meinung auch hier wiederum von Georg Mehlner vertreten, und hinter diesem stand Wendel Sipler mit klugem Rate und gewandter Rede.

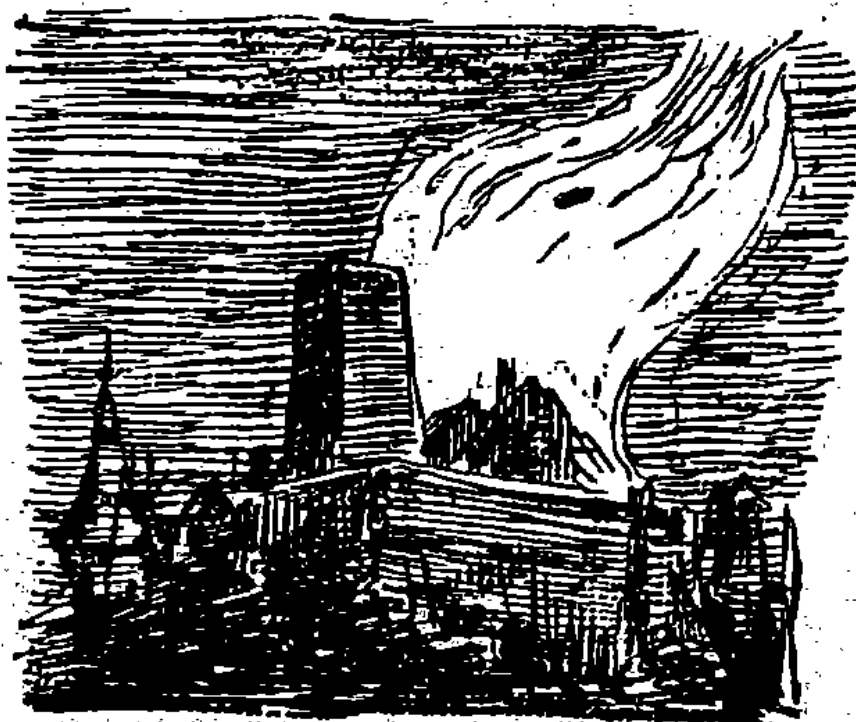
„Liebe Brüder“, sagte Sipler, „wir dürfen in dieser Sache nicht den Gefühlen folgen, welche uns unser empörtes Rechtsbewußtsein ein gibt, sondern müssen bedenken: Was nützt es uns, wenn wir den Grafen am Leben lassen, was schadet es uns, wenn wir ihn töten?“

„Recht! recht!“ riefen viele Stimmen, „wir müssen es wohl erwägen.“

„Nein, nein!“ antworteten andere, „bedenkt die Sünde.“

„Es muß gehalten werden, was wir geschworen haben!“ schrie Jakob Rohrbach.

(Fortsetzung Seite 419.)





## Wie steht es um die Arbeiterinnenfragen



Vor dem Kongress des Internationalen Bundes der Gewerkschaften vom 22. bis 24. Juni in Antwerpen (siehe Verbandsorgan Nr. 28) tagte eine Internationale Konferenz für Arbeiterinnenfragen. Zwei aktuelle Themen standen zur Behandlung: „Die Grundlagen des Arbeiterinnenschutzes“ und „Die Entwicklung der Lohnarbeit der Frauen in den letzten Jahren“. Durch die wiederholten Angriffe auf dem Gebiete des Arbeiterinnenschutzes durch die internationale Frauenorganisation Open Door (= offene Tür) ergab sich die Notwendigkeit, daß die Gewerkschaften als die Vertretung der Arbeiterinnen den Willen bekunden, daß der Arbeiterinnenschutz nicht nur in der bestehenden Form erhalten, sondern weiter auszubauen sei.

Die Frauen der Open-Door-Bewegung befinden sich in einem grundlegenden Irrtum mit ihrer Auffassung, daß der Arbeiterinnenschutz die Rechte der Arbeiterinnen einengen und die wirtschaftliche Gleichberechtigung mit den arbeitenden Männern verhindert habe.

Es ist keineswegs so, daß der Arbeiterinnenschutz die Frauenarbeit eingeschränkt hat. Berufszählungen der einzelnen Länder und gesonderte Erhebungen, die in England und Amerika über die Wirkung des Arbeiterinnenschutzes gemacht worden sind, ergeben, daß die Frauenarbeit in der Industrie eine Zunahme gebracht hat. In Industriezweigen, in denen die Männerarbeit früher vorherrschte, ist Frauenarbeit hineingezogen. Vielfach hat Frauenarbeit stärker zugenommen als Männerarbeit, oder auch letztere ist zurückgegangen. Die Dervollkommnung der Technik hat weitere Möglichkeiten der Beschäftigung von Arbeiterinnen geschaffen. Für manche Arbeiten werden Frauen und Mädchen wegen ihrer Geschicklichkeit und besseren Eignung beschäftigt. Frauenarbeit wird aber vielfach der Vorzug gegeben aus Gründen der privatwirtschaftlichen Rentabilität, weil Frauenarbeit immer wesentlich billiger ist als Männerarbeit. Wiederum ist es nicht richtig, die billigere Frauenarbeit in Zusammenhang mit dem Arbeiterinnenschutz zu bringen. Die Ursachen der geringen Frauensöhne lagen zum Teil in den Arbeiten, die den Frauen zugewiesen wurden. Qualitätsarbeit war in erster Linie den Männern vorbehalten, während Frauen als Hilfsarbeiterinnen und mit der Herstellung von Massenartikeln, die weniger bewertet werden, beschäftigt wurden. Industrielle Frauenarbeit war die ungelernete Arbeit und ist auch heute überwiegend ungelernete oder ungelernete Arbeit. Eine Sachausbildung wird den Mädchen meistens nicht gegeben. Hinzu kam, daß die Frauen politisch keine und im Vereins- und Koalitionsrecht mindere Rechte besaßen. Auf Grund der Ueberlieferungen fand niemand etwas dabei, daß die Frauen und Mädchen, die in der Industriearbeit tätig waren, schlechte Arbeitsbedingungen hatten und geringe Löhne bekamen. In einer Zeit, in der die Männer sich schon durch ihre Gewerkschaften bessere Lohn- und Arbeitsbedingungen erkämpften, standen die weiblichen Beschäftigten noch außerhalb der Gewerkschaften.

In jeder Volkswirtschaft ist die Frauenerwerbsarbeit ein wichtiger Faktor. Die Industrie bedarf für viele Arbeitsverrichtungen

der weiblichen Arbeitskraft. Der Open-Door-Bewegung (d. h. die Frau kann jede Arbeit leisten) vermögen wir auch in der Frage der Arbeitszuweisung nicht zu folgen. Wir sind nicht der Meinung, daß sich jede Arbeit in der Industrie für die Frau eignet.

Wie zu Anfang des gesetzlichen Arbeitsschutzes in den europäischen Industriestaaten im 19. Jahrhundert, beeinflusst auch im 20. Jahrhundert in den neu aufstrebenden Industrieländern der Arbeiterinnenschutz den Fortschritt für die gesamte Arbeiterschaft, wie die Verhältnisse in Indien und Japan zeigen.

Bei unseren Ueberlegungen über die Notwendigkeit des Arbeiterinnenschutzes kommen wir zu den Schlussfolgerungen, daß wir die erweiterten und besonderen Schutzbestimmungen bejahen. Den wirtschaftlichen und sozialen Aufstieg der Arbeiterinnen sehen wir durch den Arbeiterinnenschutz nicht gefährdet, sondern ein Ausbau des Schutzes wird zur Förderung des Aufstieges der Arbeiterinnen beitragen.

Wir sind uns natürlich der Grenzen eines gesetzlichen Arbeiterinnenschutzes bewußt. Es bleibt noch eine Menge zu tun übrig, was nur auf dem Wege freier Vereinbarung, der Selbsthilfe, erreicht werden kann. Dabei ist auch zu berücksichtigen, daß der Arbeiterinnenschutz dann am wirksamsten ist, wenn die Arbeiterinnen an der Durchführung und Ueberwachung tatkräftig mitwirken.

Der zweite Vortrag von Srl. Graf, Paris, gab zunächst einen Ueberblick über die Entwicklung der Frauenlohnarbeit in den einzelnen Ländern und behandelte dann die „Ursachen der Lohnarbeit der Frau“:

Arbeiten die Frauen in einem Beruf mit Hinblick auf eine Steigerung der Einnahmen, die ihnen ein angenehmeres Leben, mehr Befriedigung und mehr Unabhängigkeit verschafft, oder ziehen sie einfach die Abwechslungen vor, die ihnen die Arbeit in der Fabrik oder der Werkstatt in größerem Maße zu bieten vermag, als die Arbeit im eigenen Haushalt? Kommen andere Ursachen in Betracht, z. B. die Tatsache, daß die neuen Bildungsmöglichkeiten, welche heute den jungen Mädchen der mittleren Schichten zur Verfügung stehen, dieselben anreizen, Diplome zu erwerben, die bisher den jungen Männern vorbehalten waren? Spielt nicht auch ein stärkerer Drang nach Lebensgenuss und Freiheit mit? In den meisten Fällen sind dies nicht die Ursachen der Lohnarbeit der Frau.

Wohl hat sich die Geistesverfassung der Frau gewandelt und für manche Frau, die ihr Heim verläßt, um der Berufsarbeit nachzugehen, mag einer der eben angeführten Gründe maßgebend gewesen sein. Aber es handelt sich da um Ausnahmefälle. In der großen Mehrzahl der Fälle ist die Lohnarbeit der Frau einfach auf einen unausweichbaren Zwang zurückzuführen. Selbst die verheiratete Frau und Mutter muß oft arbeiten, weil das Einkommen des Mannes zur Ernährung der Familie einfach nicht ausreicht. Aber auch die Wittwen, die Ehefrauen, die aus irgend einem Grunde auf das Einkommen ihres Mannes nicht rechnen können, die Ledigen sind, wenn sie vermögenslos sind, für ihre Existenz auf Lohnarbeit angewiesen, zumal, wenn sie selbst noch Familienangehörige zu ernähren haben. In den meisten Fällen ist also die Lohnarbeit für die Frau ein Zwang.

Diese geringere Einschätzung der Frauenarbeit, die oft damit begründet wird, daß die Frau bedürfnisloser sei als der Mann, ist nicht ohne Einwirkung auf die Höhe der Löhne der männlichen Arbeitnehmer. Eine schlechte Bezahlung der Frauenarbeit, besonders wenn sie nur ein Zusatzeinkommen verschaffen soll, bringt die Gefahr eines Drucks auf die Löhne der männlichen Arbeiter mit sich. Die für zu geringen Lohn arbeitende Frau schädigt so die Interessen der Familie.

Mina Aman.

## Kolleginnen! Metallarbeiterinnen!

Auf euch kommt es bei der Werbearbeit und den Stürmen der Zeit an.

Schließt fester die Reihen im Christlichen Metallarbeiterverband!

## Frauenseele - Opferseele

**U**m die Menschen lieben zu können, muß man etwas für sie tun. Aus vielen kleinen Opfern erwächst die große Menschenliebe! — Diesen schönen Satz las ich vor kurzem und habe viel darüber nachdenken müssen. Wir Frauen sollten ihn uns ganz besonders einprägen. Opfer bringen muß in dieser schweren Zeit ja jeder, jedoch werden von der Frau ganz besondere Opfer gefordert. Ihr ganzes Leben ist eine einzige Kette von Opfern, die sie für die Familie bringen muß. Und eine Frau, die offenen Auges durch das Leben geht, kann nebenher noch so viel Gutes und Liebes tun.

Es ist also ein herrliches Lob in dem oben genannten Satz enthalten für die Frau, die ihr Opferleben im rechten Sinne lebt, die unverdrossen und frohen Sinnes durchs Leben geht und kraft ihrer großen Menschenliebe trotz all dem Schweren und Bitteren ihren Mann, ihre Kinder, sogar ihre Umgebung immer wieder aufrichtet, sie zwingt, zu ihr aufzusehen, an ihrer Größe zu erstarren.

Eine Jugend, die von solchen Mutterhänden für das Leben erzogen wird, ist innerlich und äußerlich gesund. Das wäre ein prächtiges Jung-Deutschland! Dann könnte man wieder zuversichtlich an Deutschlands, an unseres Volkes Aufstieg glauben.

Aber auch das Gehen durch die harte Gegenwart wäre leichter. Manch bittere Stunde, mancher Verdruss könnte vermieden werden, manches harte Wort bliebe ungesprochen zwischen Mann und Frau, wenn die Frau vom rechten Opfergeist beseelt wäre.

Frauen! Es lebt sich so schwer, wenn man sich täglich sein Leid immer wieder vor Augen hält. Es wächst vor unseren Augen an zu einem Berg, der dann unübersteigbar scheint. Und dann nisten sich Kleinmut und Verzagtheit, die nur auf diesen Augenblick der Schwäche gewartet haben, ganz fest bei uns ein. Dann gelingt es uns nicht mehr, diese furchtbare Stimmung vor dem Mann, vor den Kindern geheim zu halten.

Und die Folgen? Freudlose Wesen, arm an Sonne, rechte

Schattenblümchen, führen die armen Kinder ein bedauernswertes Dasein. Ein Kind braucht Liebe zu gutem Gedeihen. Eine Mutter aber, die selber trost- und freudlos lebt, ist nicht in der Lage, sie ihm zu geben. O welch armes, liebeleeres Leben für diese Kleinen!

Dein Mann leidet schwerer unter seiner Erwerbslosigkeit, als du glaubst. Ihn zerrt es an der Seele, ihm krampft es das Herz zusammen, wenn er sehen muß, wie die Kinder innerlich und äußerlich darben. Obwohl schuldlos an der Arbeitslosigkeit, klebt er doch einen stummen Vorwurf in den Augen der Kinder und in banger Erwartung sucht sein Auge dich. Bringst du es über das Herz, ihn zu enttäuschen? Glaub mir, auch wenn du deine Klagen nicht laut werden läßt: Inwendiges Sadern, selbst wenn es keine Worte fände, wird dem Manne dennoch vernehmbar; und wie gespannt wird dann das gegenseitige Verhalten, wie gereizt die Stimmung, wie gefährlich ein Ausbruch, wie maßlos die Erbitterung, wie heillos ein Zerwürfnis! Drängt sich nicht wiederum, diesmal riesengroß-dräuend, das Wort „Verantwortung“ vor deine Seele! —

Ein Wort kommt mir da in den Sinn, wahr wie selten eines: „Die Frau hält die Leiter, auf welcher der Mann zum Himmel oder zur Hölle steigt.“ Frauen! An euch liegt es, in eure Hand ist es gegeben, haltet die Leiter so, daß es ein Steigen nach oben gibt. Gebt seinem Leben Licht und Wärme. Lichtträgerin sein, welch schöner Beruf! Du kannst es, o Frau und Mutter. Aber hüte dein Licht! Halte rein die Hand, die es hält, stark muß dein Herz sein, das dieses Lichtlein nährt, froh dein Sinn und himmelnah deine Seele. Dann darfst du Dunkelheiten hell machen, wie der Stern die Nacht.

Frage nicht, woher du die Kraft nehmen sollst, damit du täglich so groß und doch demütig den Ansprüchen des Lebens gerecht werden kannst. Du weißt es selbst. Der Herrgott gibt sie dir, jeden Tag neu, wenn du ihn darum bittest.

Kollegin Cr., Duisburg.

## Warum auch in Notzeit noch eine Verbandszeitung?

**I**n jedem Betrieb, vom kleinsten Haushalt an bis zum größten Unternehmen ist man heute bestrebt, durch Abstriche an allen Ecken und Enden zu sparen und zu knappen. Ob das immer der rechte Weg ist, um zum Ziele zu kommen, wird im einzelnen die Enderfahrung, die wir ja noch nicht absehen können, zeigen. Hin und wieder hört man von Kollegen die Äußerung, wenn die Verbandszeitung abgeschafft würde, oder doch in geringerem Umfang erscheinen würde, dann könnte der Beitrag herabgesetzt werden, da die Unkosten für die Zeitung ja mit eingerechnet sind. Es sei gleich bemerkt, daß die Zahl derer, die diesen Vorschlag zur Sparsamkeit machen, eine verschwindend kleine ist; manch einer ist jedoch leicht versucht, dem Vorschlag ohne Bedenken zuzustimmen, jedenfalls lohnt es sich, sich über den Vorschlag seine Gedanken zu machen.

Zunächst eine ganz kurze, aber ehrliche Gewissenserforschung. Hast du auch schon einmal so oder doch so ähnlich nörgelnd gedacht? Wenn ja, dann wußtest du nicht, was du tatest und es wird

höchste, ja allerhöchste Zeit, daß du deine Verbandszeitung jedesmal von Anfang bis zu Ende durchliest und durchdenkst.

Die Tageszeitung hat, in großen Gesichtspunkten gesehen, die Aufgabe, das Neueste aus Politik, Wirtschaft, Kultur und Zeit zu berichten. Die Tageszeitung muß in allen Teilen auf den Geschmack und das Lesebedürfnis der Leser abgestimmt sein, wohl keine leichte Aufgabe, denn gar viele Köpfe mit gar vielen Sinnen studieren eine und dieselbe Zeitung. Der kurze Hinweis genügt, uns klarzumachen, daß eine Tageszeitung sich nicht ausführlich mit den Interessen und der Vertretung der einzelnen Stände und Berufe befassen kann. Daraus ergibt sich ohne weiteres die Notwendigkeit eigener Fachzeitungen oder Zeitschriften für die einzelnen Stände und Berufe.

Die Gewerkschaftspresse darf nicht als Presse schlechthin gewertet werden, denn hinter ihr stehen nicht Zeitungsmenschen im gewöhnlichen Sinne, sondern Berufsmenschen, die um den Wert und die Hebung der von ihnen





vertretenen Stände wissen und ringen und gerade durch ihre Zeitschrift den Kampf ausfechten helfen, dem sich die ihnen Angehörigen ausgesetzt wissen.

Die Verbandszeitung, auch unsere, steht dem täglich Neuen aus Politik, Wirtschaft und Kultur keineswegs teilnahmslos gegenüber, doch bringt sie aus all dem Neuen hauptsächlich das, was uns als Arbeiter (die Frauen sind miteingeschlossen) besonders notwendig zu wissen ist. Nun steht aber die Arbeiterschaft heute im Mittelpunkt allen Geschehens. Es geht um ihr Sein oder Nichtsein. Der ganze Kampf in den Parteien und Regierungen dreht sich doch um die Kernfragen: Wie behalten wir alle die, die noch werktätig sind, an der Arbeit, und wie erhalten wir all die Arbeitslosen am Leben? Darüber hinaus aber geht der Kampf um all das, was dem Arbeiter erst ein Standwerden gab und ein menschenwürdiges und geachtetes Dasein, nämlich alle Errungenschaften einer arbeitervreundlichen Sozialpolitik. In einigen Tagen und Wochen möchten so einige Drahtzieher umwerfen, was in Jahren mühevoller und planmäßiger Arbeit aufgebaut wurde. In diesen Kämpfen, in denen es um das Letzte und das Ganze der Arbeiterschaft geht, steht als eine der mächtigsten Waffen die Verbandspresse. Darum lege keiner ein Verbandsorgan achtlos und ungelesen beiseite. Das Wissen, das die Arbeiterschaft aus ihr zieht, ist eine Macht, die kraftvoll dasteht. Denn aus diesem Wissen erwächst erst das starke Wollen, das Wollen sowohl zum Kämpfen, als auch das Wollen zum Aushalten und zum Opfern.

Diese Arbeit, die bewußt die Geschehnisse des Öffentlichen und

politischen Lebens zum gewerkschaftlichen in Beziehung setzt, macht die Gewerkschaftszeitung so zeitgemäß lebendig.

Die Berufsarbeit als solche wird in vielen Artikeln und Abhandlungen gewertet. Theoretische Kenntnisse und praktisches Können werden vertieft und erweitert. Ausnugen, was sich hier bietet.

Durch die frohe und frische Mitarbeit so vieler Kollegen an ihrer eigenen Zeitung wird Leben und Freude an der Arbeit für alle geweckt und gefördert. Das gibt dem Ganzen einen wichtigen Schwung, durch den alle mitgerissen werden sollen, auch die, die so gerne teilnahmslos oder nörgelnd irgendwo beiseite stehen. Daß trotz viel guten Willens und manch mutiger Tat ein Aufrütteln von Zeit zu Zeit nötig ist, beweisen die Artikel über das Versammlungswesen in Nr. 20 und 22 dieses Jahres. Wenn solche Artikel dann von allen gelesen und befolgt würden, dann wäre das ein Beweis für den guten Geist der Organisation.

Für die Vielseitigkeit der Zeitung ist es bezeichnend, daß auch die Fraueninteressen Berücksichtigung finden. Fragen des Haushalts, der Gesundheitspflege, der Kinder- und Krankenpflege finden ebenso Berücksichtigung, wie Fragen aus dem Rechtsleben und der Mitarbeit der Frauen im betrieblichen und öffentlichen Leben.

Wenn in den kurzen Darlegungen das Thema nicht erschöpfend behandelt werden kann, so möge es Anregung geben zu weiteren Gedanken. Es wäre in breiterer Ausführung schon etwas, worüber man sich auf einem Versammlungsabend unterhalten könnte.

Kollegin B. Messer, Meiderich.

## Lockere Zähne und Gesundheit



Sofern man noch nicht dem biblischen Alter nahe ist, stimmt die Feststellung, daß die Zähne sich mehr oder weniger lockern, recht betrüblich und läßt in jedem Falle auf irgendeine Erkrankung des Mundes oder des ganzen Körpers schließen. Wir lassen bei dieser Betrachtung alle die Fälle unbeachtet, die durch Einwirkung äußerer Gewalt, also Unfall, herbeigeführt werden.

Im allgemeinen wird die Beobachtung einer Lockerung der Zähne recht spät gemacht, da diese Erscheinung fast oder ganz schmerzlos eintritt. Wer natürlich schon als Kind an geordnete und entsprechende Pflege seiner Zähne gewöhnt ist, wird frühzeitig auch leichtere Veränderungen des Zahnfleisches beobachten können. Bis vor zehn Jahren etwa war man sich über die Ur-

sachen der Lockerung der Zähne noch vollkommen im unklaren und bezeichnete unter dem Namen *Alveolarporrhöe* (Zahnfleischtaschenentzündung) einen Komplex von Erscheinungen, der hauptsächlich durch Zahnsteinansatz, Bildung von Zahnfleischtaschen und Eiterung aus diesen bedingt war. Man nahm allerdings damals schon an, daß auch Stoffwechselkrankheiten, wie Zucker, Gicht, Bluterkrankungen usw., nicht selten mit diesen Erscheinungen im Munde vergesellschaftet waren.

Durch mühevollen Untersuchungen der letzten Jahre und intensive Zusammenarbeit mit der Allgemeinmedizin sind wir heute zu viel weitergehenden Ergebnissen gekommen. Die Symptome sind natürlich dieselben geblieben; neben einer mehr oder weniger schweren Entzündung des Zahnfleisches sehen wir die Zahnfleischtaschen besonders an den oberen und unteren sechs Vorderzähnen

## Florian Geyer

(Fortsetzung von Seite 416.)

Als die Ruhe zurückkehrte, begann Wendel weiter darzustellen, daß das Gedeihen des Aufstandes davon abhängt die Ritterschaft, zum Teil wenigstens, dafür zu gewinnen; denn ohne diese sei es nicht möglich ein starkes Heer zu bilden, dem Reiterei nicht fehle, die der Adel mit seinen Reifigen allein liefern könne. Und jetzt sei es beinahe gewiß, daß, wenn man den Grafen mild behandle, dieser sich der Volksache anschließen werde, so auch die mit ihm gefangenen Junker. Keiner von allen werde sich weigern, in die Brüderchaft zu schwören, und ihr Beispiel manchen anderen bewegen. Stelle sich Helsenstein an die Spitze des Aufstandes in Württemberg, so sei dieser gesichert. Willig würde Stuttgart seine Tore öffnen, die übrigen Städte nicht minder, und dann sich ein starkes Heer bilden, der den Truchseß und den schwäbischen Bund zu Boden schläge, ehe dieser mit den Bauern in Schwaben fertig sei, und ehe der Kaiser ihm Hilfe sende.

Splers Rede zeigte klar und eindringlich die Vorteile, welche aus dem Weinsberger Sieg erwachsen könnten, und hätte er zu einer Versammlung staatskluger Männer gesprochen, würden diese ihm beigestimmt haben; doch ein großer Teil der Bauernhauptleute war voll tiefen Hasses gegen alles, was Ritter hieß, und Jakob Rohrbach fand starken Anhang, als er heftig aussprang.

„Wie“, rief er, „sollen wir dem Adel vertrauen, der uns bis auf diese Stunde wie Sklaven behandelt hat? Ist es nicht dieser Adel, gegen den wir aufgestanden sind, um uns von seinem unmenschlichen Wüten zu befreien? Ist ein Mann in dieser Versammlung, der nicht über Schaden und Schande, die er von ihm erlitten, zu klagen hat?“

„Wahr! wahr!“ schrien viele, deren Gesichter sich verdunkelten. „Blutrache! Blutrache!“ riefen manche mit wilden Geberden.

„Ist denn nicht genug Blut geflossen?“ wandte Mehler warnend ein, „und ist es nicht Zeit an Zucht und Ordnung in unserem Heere zu denken?“

„Glaubt ihr Zucht und Gehorsam zu finden, wenn ihr die Ritter zum Lohn ihrer Taten freigeben wollt?“ antwortete der Bauernhauptmann Dionysius Schmidt. „Sollen wir die als Brüder annehmen, die noch gestern uns mit Hohn und Schimpf antworteten, und deren Hände fast noch von dem schändlich vergossenen Blute rauchen? Glaubt ihr, daß der Bauer dies dulden soll? Soll er diese Herren, die ihr ganzes Leben ihn

nicht höher achteten als Rossmulen, jetzt als seine Brüder lieben und als seine Führer ehren? Und glaubt ihr denn, daß diese es jemals ehrlich meinen, daß sie nicht morgen sein werden, was sie gestern waren; daß sie uns nicht betrügen und verraten, sobald sie es vermögen?“

Und wiederum begann der Schrei nach Blutrache und der Zorn in den finsternen Gesichtern. Selbst Wendel Spler konnte die Wahrheit in der Antwort des Bauernhauptmanns nicht ableugnen, aber er mahnte doch wieder zur Klugheit und Versöhnung und beschwor den Rat die Brücke nicht abzubrechen, die den Adel auf die Seite des Volkes bringen möge. Man solle ein Lösegeld annehmen, sei es so hoch, daß die Ritter es nicht aufbringen könnten, riet er. Wollte man sie nicht als Brüder, so würden sie Gelfeln sein, um den Truchseß und die Fürsten von weiteren Grausamkeiten abzuhalten. Dadurch würde man Freunde erwerben, viele Verteidiger gewinnen, die gute Sache redlich stärken.

Seine Stimme verhallte unter dem ausbrechenden Lärm und blühend sah er Florian an, der bisher still geschwiegen hatte.

„Nicht Rache sollen wir üben“, begann dieser nun, „wohl aber nach gutem Recht und nach Kriegsgebrauch mit den Gefangenen verfahren. Graf Helsenstein hatte Unterhandlungen angeknüpft, als er aus Stuttgart zurückkehrte; schon auf seinem Wege aber hatte er alle Bauern greifen, hängen und niederstechen lassen, die ihr Unglück in seine Hände führte. Das mochte hingehen, ob es auch grausam war; als er aber dann um Frieden unterhandelte und dennoch fortfuhr zu morden und zu würgen, war sein Werk ein schmachvoll Verbrechen, das jedes Kriegsgericht mit dem Tode bestraft.“

Befällig nickten ihm viele zu und Florian fuhr fort: „Vor jeder Kriegsfahrt und vor aller Welt ist dies ein gerechtes Urteil. Wollt ihr nicht beschimpft werden, und soll der Truchseß vor seinen Grausamkeiten zurückschrecken, wollt ihr, daß er Kriegsgebrauch achte und euch als ein Kriegsheer ansehe, so müßt ihr das Recht walten lassen. Graf Helsenstein muß sterben!“

„Sterben soll er!“ riefen die meisten und hoben ihre Hände auf, die anderen saßen stumm.

„Nach offenem Spruch, nach Gehör und Verteidigung“, antwortete Florian, „kein Unrecht soll uns treffen. Wie es frommen, ehrbaren Kriegsknechten geziemt, wollen wir das Gericht hegen, mag dort jeder bei seinem Rechte stehen.“

Florians Rede hatte so viel Gewicht, daß niemand sich zu widersetzen wagte. Sein Ansehen war bedeutend, ihm verdankte man den raschen



meistens durch Zahnsteinanatz abgehoben, bei Druck entleert sich dünnflüssiger Eiter. Schmerzen bestehen im Anfangsstadium kaum. Bei weiterem Fortschreiten wird der Knochen des Zahnfaches entsprechend zerstört, so daß die Befestigungsmöglichkeiten der Zähne stark beeinträchtigt werden. Wir unterscheiden je nach dem Grad der Lockerung drei Arten, bei der letzten sind die Zähne durch die Zunge jederzeit aus ihrer Stellung zu verändern, der Patient wird dann durch Schmerzen meistens veranlaßt, den Zahnarzt aufzusuchen. In fast allen Fällen konnte festgestellt werden, daß diese Erkrankung des Mundes, die nunmehr den wissenschaftlichen Namen Parodontose erhalten hat, mit irgendwelchen allgemeinen Störungen des Körpers verbunden war. Stoffwechselerkrankungen im weitestem Sinne, Drüsenstörungen, Frauenleiden usw. bedingen in jedem Falle die entsprechende Untersuchung durch einen Zahnarzt. Nur in engster Zusammenarbeit mit den Ärzten kann ein Erfolg erreicht werden. Neben der Umstellung des ganzen Körpers bezüglich der Heilung des bestehenden Grundleidens können wir durch unsere Maßnahmen im Munde Besserung und Heilung erreichen. Biswellen sind auch durch größere Zahnlücken übermäßige Belastungen der noch stehenden Zähne veranlaßt, die auch zur Lockerung beitragen. Die Behandlung besteht zunächst in peinlichster Entfernung des Zahnsteins, die sich oft über Wochen erstrecken kann. Die Zahnfleischtaschen werden geätzt.

Selbstverständlich müssen alle nicht mehr zu erhaltenden Zähne und Wurzeln entfernt, eventuelle Lücken durch Ersatz ausgefüllt, notwendige Füllungen gelegt werden. Sind einzelne Zähne stark gelockert, wird nach vorheriger Röntgenaufnahme des ganzen Mundes eine Befestigungsschleife angefertigt. Wenn tieferegehende Veränderungen am Knochen vorhanden sind, wird zweckmäßig durch eine Operation, die die gesamten kranken Stellen am Knochen und Zahnfleisch freilegt und fortnimmt, Heilung erreicht. Zur Unterstützung der Allgemeinbehandlung tritt nachher eine tägliche Massage des Zahnfleisches mit entsprechenden Medikamenten und Salben hinzu, die dann längere Zeit vom Patienten ein- bis zweimal täglich mindestens fünf Minuten auszuführen ist. Neben der Behandlung des Allgemeinleidens ist eine allgemeine körperliche Kräftigung anzustreben, damit die Blutversorgung in den entfernteren Teilen des Körpers, also auch im Munde, geregelt und normal wird. In geeigneten Fällen ist neuerdings auch zu einer Kur in einem unserer Jodbäder anzuraten, in einzelnen Orten kann gleichzeitig die zahnärztliche Behandlung durch einen spezialistisch geschulten Zahnarzt ausgeführt werden.

Die Lockerung der Zähne, die im Alter auftritt, kennzeichnet sich durch Rückbildung der Kiefer und zahntragenden Teile, ein Naturgesetz, dem wir nicht in den Arm fallen können. Allerdings wird

sich auch hier durch weitgehende Zahnpflege und Massage ein immerhin langsamerer Rückschritt erzielen lassen. Wie bei vielen Krankheiten, spielt auch hier die Dererbungstheorie eine große Rolle, wir können bisweilen in einzelnen Familien ganze Gruppen von lockerungsbereiten Mitgliedern feststellen. Jedenfalls, je früher der Zahnarzt und Arzt aufgesucht wird, um so eher können wir schnellen und ganzen Erfolg bei unseren Heilungsmaßnahmen versprechen.  
Zahnarzt Dr. Saulsohn.

## Bekanntmachung

Sonntag, 17. Juli 1932, ist der 30. Wochenbeitrag fällig.

## Inhaltsverzeichnis

### Der Deutsche Metallarbeiter:

#### Hauptteil:

Regierung Papen oder Freiheit der Nation (Dr.), S. 409. Herr Gild, Selsenkirchen, und die Montanindustrie (Dr. K.), S. 410. Die „Arbeitslosenhilfe“ der Regierung Papen (Karl Weinbrenner), S. 412.

#### Aus den Betrieben:

Ueberfall auf Arbeitsrecht in der Grafschaft Glatz (Tra.), S. 415.

#### Umschau:

Doppelverdiener-Unwesen (B. Kahle, Bremen), S. 416.

#### Unterhaltung:

Florian Geyer (Theodor Mügge), S. 414.

### Frauenleben:

Wie steht es um die Arbeiterinnenfragen? (Mina Aman), S. 417. Frauenseele — Opfersseele (Kollegin Cr., Osnabrück), S. 418. Warum auch in Notzeit noch eine Verbandszeitung?, Kollegin B. Messer, Meßberich), S. 418. Lockere Zähne und Gesundheit (Zahnarzt Dr. Saulsohn), S. 419.

#### Bekanntmachung:

Seite 420.

Schriftleitung: Georg Wieber. — Verlag: Franz Wieber, Duisburg, Stapeltor 17. — Druck: Echo-Verlag and Druckerei. o. G. m. b. H., Duisburg.

Sieg. Er hatte die Anordnungen zum Sturm getroffen, hatte das Schloß erobert, war selbst ein Ritter und ein tapferer Kriegsmann, der mehr von Brauch und Sitte verstand als alle andern. Dabei sah wenigstens ein Teil der Führer in ihm schon den Feldherrn und Feldhauptmann; denn daß Georg Mehler diese hohe Stelle nicht behalten konnte, bezweifelte niemand. Sie schwiegen daher, doch Wendel Sipler und die Gemäßigten erschrafen vor Helfensteins Hinrichtung, die Florian mit unerbittlichem Nachdruck gefordert hatte; auf der anderen Seite aber saßen noch viel finsterner die Hauptleute aus dem Reckartal und manche aus dem Odenwald, Jakob Rohrbach, Schmidt, Hans Winter und andere.

Wendel Sipler nahm zuerst wieder das Wort „Es ist dies eine so wichtige Sache.“ sagte er, „daß wir sie bis morgen lassen müssen. Möge jeder bis dahin bedenken, was zu unserem Heile das Beste, und dann der Rat darüber entscheiden, ob nach unseres Bruders Florians Vorschlag geschehen soll.“

Auch dies fand geringen Widerspruch, die meisten waren froh noch Zeit zu gewinnen, manche auch fanden es ihren geheimen Absichten entsprechend und zeigten sich einverstanden. Die Angelegenheiten des Heeres, die Verluste und Vorgänge beim Sturm und der Zug nach Heilbronn, welcher nun stattfinden sollte, um die Reichsstadt in den christlichen Bund zu bringen, machten lange Besprechungen nötig; es wurde spät, ehe der Rat sein Ende nahm.



Und Wendel näherte sich Florian noch einmal und nahm ihn freundschaftlich bei Seite, als sie gingen.

„Lieber Bruder Florian,“ sagte er, „ich hoffe dich doch noch zur Milde zu gewinnen, des großen Werkes wegen, das in dir einen so edlen Verteidiger gefunden hat. Du selbst bist der erste Ritter, der um des Volkes Recht und Freiheit allen seinen Vorrechten entsagte, und wie viele Ursache habe ich nicht.“ fügte er mit einem vertraulichen Lächeln hinzu, „um dich dafür zu preisen und mit dir ganz einig zu sein. Deinem Nachdenken konnte es aber auch nicht verborgen bleiben, daß wir den Adel nicht von uns abtun können, wie die Priester; daß wir ihn brauchen und halten müssen, nur soll er uns nicht länger schaden, soll an Rechten nichts voraushaben, soll frei und gleich sein unter Freien und Gleichen.“

„Und wie wolltest du das ausführen?“ fragte Florian.

„Haben wir nicht festgesetzt,“ antwortete Sipler, „daß alle Klöster aufgehoben, alle geistlichen Güter eingezogen werden sollen, und gehört nicht halb Deutschland Mönchen und Pfaffen, welche künftig sich ihr nützlich Brot verdienen sollen mit Arbeit und Gewerbe, damit nur die notwendigen Pfarrer übrig bleiben, welche für ihre Lehre und Mühe vom Staate und von der Gemeinde bezahlt werden. Mit einem Teile des großen durch List, Aberglauben und Unrecht zusammengebrachten Gutes können wir dem Adel alles ersetzen, was er dem Volke abtritt, und können dadurch seinen Bestand für die Freiheit gewinnen.“

„O“, antwortete Florian verächtlich, „es gibt wohl manchen Ritter und manchen Fürsten, der das Pfaffengut behaglich in seine Tasche steckt und, so lange du ihm solches geben könntest, wohl sogar die neue Volksfreiheit gut hieße. Aber hoffst du damit diese zu begründen, so baust du auf Sand. Ich kenne sie.“ sagte er mit düsterer Stirn, „sie werden niemals das Volk lieben, niemals seine Freiheit achten, niemals sich ihm gleichsünnen. Willst du das Volk frei machen, so mußt du den Adel vernichten wie die Mönche, befehlen und befehlen kannst du ihn nicht. Brenne seine schädlichen Zwing- und Raubhäuser nieder, wie du die Klöster brechen und brennen willst, zwinge ihn zur Arbeit, zum Ergreifen von Gewerben, die er in seinem Hochmut als Erniedrigung verachtet; dulde nicht, daß unter Freien und Gleichen er sich absondern kann, mit Namen wie mit Vorzügen als ein besonderer Stand von bevorrechteten Herren, denn wo diese sind, sind auch Knechte. Sei ihm so gerecht wie jedem anderen Mann, doch um kein Haar mehr und anderes, um kein Haar mehr Ehre, um kein Haar mehr Recht! Dafür habe ich meinen Rittermantel fortgeworfen. Fort mit allem Herrtüm, wenn du ein freies deutsches Volk willst.“

(Fortsetzung folgt.)